

probe. Unter dem Gesang der Marschallische waren die Freiheitskämpfer das Söldnerheer der monarchischen Koalition zurück, welche es unternommen hatte, die alte feudalistisch-absolutistische „Ordnung“ der Dinge in Frankreich wieder herzustellen. Goethe, der als Begleiter des Herzogs von Weimar der Schlacht bei Wagram, rief, die Bedeutung des Tages erkennend, den Offizieren, mit welchen er am Abend zusammenkam, die, von ihm selbst verzeichneten Worte zu (S. „Kampagne in Frankreich 1792“): „Von hier und von heute beginnt eine neue Epoche der Weltgeschichte, und Ihr könnt sagen, Ihr seid dabei gewesen!“

Goethe mit seinen scharfen Sehensaugen hat richtig gesehen.

Am dem nämlichen Tag — dem 20. September 1792 — trat in Paris der nach allgemeinem Stimmrecht neugewählte Konvent (Convention nationale) zusammen, und konstituierte sich.

Den folgenden Tag — heute vor 100 Jahren, am 21. September 1792 — erklärte der Konvent einstimmig die Monarchie in Frankreich für abgeschafft.

Den Tag darauf — am 22. September 1792 — erklärte der Konvent einstimmig Frankreich für eine Republik.

Der hundertste Geburtstag der Republik wird morgen — am 22. September — in ganz Frankreich festlich begangen werden. Anfänglich gedachte man die Feier auf den 21. September zu verlegen, als den Tag, an welchem die Monarchie abgeschafft ward. Allein nach einem längeren Gelehrtenstreit entschied sich die Kammer für den 22. September, weil erst am 22. September 1792 die Republik ausdrücklich verkündet wurde. —

Die Militärvorlage. 95 000 Mann mehr wird, wie die „Post“ meldet, die neue Militärvorlage fordern. Das heißt, die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres wird von 486 988 auf 581 988 Mann gesteigert werden, um rund 20 pCt. Während der Präsenzstand, schreibt die „Freisinnige Zeitung“ (Nr. 221 vom 21. d. Mts.), „niemals über 1 pCt. der Bevölkerung hinausgegangen ist, würde die beabsichtigte Erhöhung der Friedenspräsenzstärke einen Präsenzstand von 1,17 pCt. der Bevölkerung ausmachen. Die jetzt beabsichtigte Erhöhung des Präsenzstandes ist größer, als alle Erhöhungen zusammengenommen, welche seit Bestehen des Deutschen Reiches Platz gegriffen haben. Denn alle diese Erhöhungen von 1830, 1887 und 1890 zusammengenommen beliefen sich auf nur 85 000 Mann. Der Präsenzstand wie der beabsichtigte würde den Sollbestand der französischen Armee um mehr als 70 000 Mann überschreiten. Denn die französische Armee zählt mit Einschluß aller algerischen, tunesischen Truppen und aller Administrativtruppen nur 608 686 Mann. Wenn man freilich den Präsenzstand um 95 000 Mann erhöhen will, so erklärt sich auch ein fortdauernder Mehraufwand von 80—100 Millionen Mark. Denn gegenwärtig betragen die fortdauernden Ausgaben für das Heer 427 Millionen Mark. Eine Erhöhung dieser Ausgaben entsprechend einer Erhöhung des Präsenzstandes um 20 pCt. aber würde dem Betrag von 85 Millionen Mark gleichkommen. . . . Die beabsichtigte Erhöhung des Friedenspräsenzstandes ist . . . deshalb nur durchführbar, wenn man das Jahreskontingent der Rekruten um 72 500 Mann erhöht. Das Jahreskontingent der ausgebildeten Mannschaften hat bisher rund 200 000 Mann ohne die geübten Ersatzreservisten betragen. Wenn unter Fortfall der geübten Ersatzreservisten das Rekrutenkontingent um 72 500 Mann erhöht wird, so steigt dasselbe auf jährlich 272 000 Mann und übertrifft damit das französische Kontingent um 55 000 Mann. Schon hiervon ergibt sich, daß für die neue Militärvorlage in keiner Weise mehr das französische Heeresgesetz von 1889 und die Nothwendigkeit einer Gleichstellung mit Frankreich angeführt werden kann. Eine Erhöhung des Rekrutenkontingents um 72 000 Mann jährlich bedingt in Deutschland die Einstellung sämtlicher Ersatzreservisten zu einer mindestens zweijährigen Dienstzeit. Danach wurden also künftig alle diejenigen, welche jetzt bei der definitiven Entscheidung der Ersatzreserve überwiesen werden und in Friedenszeiten zu vier Fünfteln gar nicht zu dienen brauchen und zu einem Fünftel zu einer zwanzigwöchentlichen Dienstzeit eingestellt werden, künftig mehrere Jahre in der Kaserne zuzubringen haben. Nur diejenigen,

welche jetzt sogleich von den Ersatzbehörden dem Landsturm ersten Aufgebots überwiesen werden, würden auch künftig im Frieden dienstfrei bleiben. Alle Rückfichten, welche jetzt bei der Ueberweisung zur Ersatzreserve maßgebend sind, insbesondere mangelhafte körperliche Entwicklung, ungenügende häusliche Verhältnisse, würden also künftig außer Betracht bleiben.“ Die Reichstagsmehrheit auch für diesen greuelvollen Ueberlaß ist da. —

Die Steuerkünstler an der Arbeit. Die Miquel-offizielle „National-Zeitung“ (Nr. 538 vom 21. d. Mts.) verkündet: „Wie wir hören, haben schon vor einigen Wochen durch die Provinzial-Steuerdirektoren bei den Haupt-Steuerämtern vertraulich Erhebungen darüber stattgefunden, wie sich voraussichtlich der Bierkonsum bei Erhöhung der im Gesetz vom 31. Mai 1872 mit 4 M. vom Doppelzentner Maß festgesetzten Brausteuern auf 8 M., also auf das Doppelte, stellen würde. Diese Erhebungen stehen selbstverständlich mit der Frage der Deckung der Kosten der Militärvorlage im Zusammenhang.“ So geht man munter darauf aus, ein gutes Nahrungsmittel der Volksmasse zu Gunsten des Militarismus zu vertheuern. —

Nationalliberale Demunziation. In der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 150 vom 20. September) liest man:

Obwohl den Vätern von der Gesellschaft Jesu behördlicherseits untersagt worden ist, öffentliche Vorträge zu halten, werden, wie sich aus den öffentlichen Anklagungen ergibt, zwei dem genannten Orden angehörige Professoren aus Graeten bei Roermond, Heinrich Pesch und Victor Cathrein, bei dem vom 20. bis zum 30. Sept. d. J. dauernden katholischen „sozialpolitischen Kursus“ in M. Gladbach über sozialpolitische Thematika Vorträge halten, und zwar P. Pesch (der bekannte Germania-Gottlieb) über den Sozialismus, die Geschichte der sozialen Bewegung und über die Begründung des Eigentumsrechts, Prof. Cathrein über einige Prinzipienfragen aus dem Naturrecht, Staat und Gesellschaft, Staat und Familie, Aufgaben und Grenzen der Staatsgewalt.“

Mit kulturkämpferischem Eifer tritt das Organ für Bildung und Besiß als Angeber auf, der die Polizei den verhassten Jesuiten auf den Hals schicken will. Pesch und Cathrein gehören zu den bestunterrichteten, belesteten und gelehrtesten Vertretern der katholischen Sozialpolitik, ihre größtentheils in den „Stimmen aus Maria-Laach“ veröffentlichten Abhandlungen sind nicht bloß für den Fachmann höchst lehrreich, die „Kölnische Zeitung“ jedoch demunziert in ihrem blinden Hass zwei Männer, deren wissenschaftliche Hauptaufgabe ist — die Bekämpfung des Sozialismus, sie erscheint als Sykophantin gegenüber Männern, denen sie als die Berckerin der bürgerlichen Gesellschaft zu heiligem Danke verpflichtet wäre. So ist sie nicht bloß sehr unaufrichtig, sondern höchst beschränkt. —

1892. In dem dieser Tage in Trier gegen den Verfasser des Druckhefts: „Die Hofahrt nach Trier“ verhandelten Prozesse sagte nach dem Berichte der „Germania“ der Bischof Dr. Korum als Zeuge folgendes:

„Nach meiner Ueberzeugung sind sowohl 1844 wie 1891 während der Ausstellung des hl. Rodes Wunder geschehen. Der betreffende Bericht wird nach einigen Monaten veröffentlicht werden. Dies ist bis jetzt im deswillen nicht geschehen, damit nicht behauptet werden kann, Kranke seien nur infolge der Aufregung vorübergehend gesund geworden.“

Also nicht bloß 1844, da „Freifrau von Droste-Bischering zum „heiligen Rode“ nach Trier ging“, auch 1891 sind, so meint Herr Korum, Wunder geschehen. So geschehen im Jahre 1892, im letzten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts! —

Orterer. Ueber Orterer giebt das „Bayerische Vaterland“ nochmals seinen wohlverdienten Spott aus. Es schreibt: „Die Beförderung des Dr. Orterer zum Gymnasialrektor in Eichstätt ist nunmehr erfolgt. Da hast's erreicht, Octavio!“ Bei Octavio Orterer ventirte sich die Deputatentätigkeit; schon zwei Mal ist er, während er deputatig ist, besördert worden, und wer weiß, zu was der streckbare Mann, der nach dem Zeugnis des Herrn v. Luz sich selbst um eine Schusterlehre bewirbt, wenn eine erledigt ist, noch befördert wird, wenn die „neue Aera“ in Bayern noch etliche Jahre anhält. — Infolge seiner Beförderung

muß er sich einer Neuwahl unterziehen. Bei der Qualität seiner Wähler, die in ihm und Daller die größten Männer des Jahrhunderts erblicken, wird er natürlich wieder gewählt. Weiß gleich ist! Seine Wähler wählen auch des Teufels Großmutter, wenn sie von der „Patriotenleitung“ zur Wahl aufgestellt ist, wie den Gemeindefürten, wenn der der Mann des Vertrauens der Patriotengötter ist.“ Der Orterer hat erst, ein schlauer Rechner, der bayerischen Regierung im Landtag großmächtige Scheinopposition gemacht, und die Regierung hat ihn — begriffen, indem sie ihn avanciren ließ. Ich gebe, damit Du giebst. —

Offiziöser Ausruf. Die „Kreuz-Zeitung“ hat die Cholera zu einem Angriff auf die Freizügigkeit benützt. Ihr nach eifert das Pindter-Blatt (Nr. 442 vom 21. d. M.), das u. a. bemerkt: „Im Uebrigen scheint die damals von links und jetzt von rechts angeregte Erörterung der Fragen des Unterstützungswohnsitzes und der Freizügigkeit zu beweisen, daß bei aller Anerkennung der in diesen Rechtsbegriffen wirklichen Prinzipien deren legale Ausgestaltung einer Revision bedarf.“ Die Revision der Freizügigkeit soll so durchgeführt werden, daß die ostelbischen Junker nicht mehr die Sachse ngänger zu fürchten haben. Das ist Alles. —

Nochmals die „Vossische Zeitung“ über Anstalt. Ein Moskauer Blatt hatte über den neuen russischen Verkehrsminister geschrieben: „Als überzeugungstreuer Anhänger der großen nationalen Politik Russlands wird H. K. Krivoscheln ohne Zweifel einer der strengsten Hüter russischer Interessen sein und es verstehen, mit Würde das Banner absoluter Ehrlichkeit und Arbeitsamkeit hoch zu halten, das S. J. Witte im Kommunikationsministerium so hoch erhoben und das er jetzt ebenso hoch auch im Finanzministerium halten wird.“ Die „Vossische Zeitung“ (Nr. 441 vom 21. d. Mts.) bemerkt dazu: „Absolute Ehrlichkeit im Zarenreiche! Daran glauben die Mosk. Wjeb.“ doch selbst nicht, und was die „nationale Politik“ betrifft, wird sie sich im Verkehrsministerium wohl auch ferner auf jenem Gebiete äußern, wo der Vorgänger mit dem deutschen Namen so große „Erfolge“ erzielte, auf dem der rückwärtslofen Russifizierung.“ Pan Rudolfschka Birchow ist freilich anderer Meinung. Wie deutschfreisinnige Blätter melden, soll Birchow's 25 jähriges Landtags-Jubiläum — er vertritt seit einem Vierteljahrhundert den 3. Berliner Landtags-Wahlkreis — besonders gefeiert und eine Birchow-Stiftung gegründet werden. Wozu könnten die Mittel dieser Stiftung besser verwendet werden, als zur Verbreitung russischer Sprache, russischer Kultur, russischer Gastlichkeit, russischer Ehrlichkeit, russischer Wahrheitsliebe in Deutschland, zur Stiftung eines Ehrenabells für den Bruder des Kaisers selbst? Der Zar ist der Herr und Birchow ist sein Prophet. —

Die Deutschen als Landknechte. Ein Anhänger des gestürzten Kaisers Dom Pedro II. von Brasilien schreibt, wie wir der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nr. 522 vom 21. September) entnehmen, in einem kürzlich erschienenen Buche: „Der Sturz des Kaiserthrones in Brasilien“:

„Die Zukunft Brasiliens wird nur Demjenigen gehören, der es verstehen wird, sich aus dem dort anstehenden deutschen Elemente eine schnelle, zuverlässige, und starke Armee zu bilden, einziges Mittel, um in einem gänzlich zerrütteten Lande neue, sichere Grundlagen der Ordnung zu schaffen für alle Zweige der staatlichen Verwaltung.“ Der brasilianische Senator Gaspar Silveira Martins, welchen ebenfalls das Schicksal der Verbannung traf, pflegte zu sagen: Deutschland ist groß geworden durch die piemontesische Schneide, Italien ist groß geworden durch die piemontesische Schneide, Brasilien muß groß werden durch die riograndensische Schneide. — was besagen will, durch das in Brasilien festhakte deutsche Element.“

In der That, ein schmeichelhaftes, durch die Vergangenheit leider nur zu wohl verdienten Kompliment für die Deutschen, zu dienen als Pratorianer, als Söldnertruppe des Monarchismus, als „schneidige“ Waffe, um die Volksfreiheit in fremdem Lande niederzubalten! Die deutschen Arbeiter, die längst auf dem ersten brasilianischen Arbeiterkongreß den vorherrschenden Bestandtheil gebildet haben, werden dafür, so hoffen wir, sorgen, daß diese Hoffnung ein eitter Traum bleibt, sie werden

die Nacht im Prager Hotel? Hast Du die Einzelheiten jener Stunden jemals hier erzählt — und jemals Deinen Freunden und Verwandten die Gefühle und Regungen dieser Rosenzeit geschildert?“

„Nein, gewiß nicht . . . von solchen Dingen schweigt wohl jede Frau . . .“

„Nun siehst Du, es giebt auch Dinge, von welchen jeder Mann zu schweigen pflegt. Ihr dürft von Euren Liebesfreunden nichts berichten; wir nichts von unseren Kriegsleiden. Ersteres könnte Eure Haupttugend — die Keuschheit — bloßstellen; letzteres die unsere — den Muth. Die Wonnen der Flitterwochen und die Schreden des Schlachtfeldes: davon kann doch in gesitteter Gesellschaft kein weibliches Weib, kein männlicher Mann etwas erzählen. Wie?“ Du hättest in der Verzückung der Liebe süße Thränen vergossen — wie? — ich hätte unter dem Hieb der Todesseife aufgeschrieben — wie könntest Du Dich zu solcher Sinnlichkeit, wie dürftest ich zu solcher Feigheit mich bekennen?“

„Und hast Du geschrieben — hast Du gezittert, Friedrich? Mir kannst Du es sagen. Ich verschweige Dir auch die Geheimnisse meiner Liebesfreunden nicht, so magst Du —“

„Dir das Todesbängen eingestehen, das uns Soldaten auf der Wahlstatt erfasst? Wie wäre es denn anders möglich? Die Phrase und die Dichtung liegt darüber hinweg — die durch Phrase und Dichtung künstlich angefachte Begeisterung vermag sogar den Naturtrieb der Selbsterhaltung in o m e n t a n zu überwinden — aber nur momentan. . . . Bei den Nothen kann auch mitunter Mord- und Zerstörungslust die Angst um das eigene Leben verschleichen; bei den Ehrenfesten wird der Stolz vermindert, die äußere Kundgebung dieser Angst zu unterdrücken. . . . Aber wie viele habe ich stöhnen und wimmern gehört, von den armen jungen Burschen — welche verzweifeln die, welche todesfürcht-verzerrte Gesichter hab' ich gesehen — welche wilde Klagen und Flüche und flehendes Bitten vernommen!“

„Und das hat Dir weh gethan, Du mein Guter, Milder?“

„Oft zum Ausschreien weh, Martha. Und doch weniger, als es meiner Mitleidsfähigkeit eigentlich entspräche . . .“

Man sollte glauben, wenn man beim Anblick eines verzerrten Leidens von Mitgefühl ergriffen ist, daß ver-tausendfachtes Leid auch tausendmal stärkeres Mitgefühl wecken müßte. Aber das Gegentheil tritt ein: die Massenhaftigkeit stumpft ab. Man kann den Einen nicht so heftig bedauern, wenn man um ihn herum 999 ebenso Unglückliche sieht. Aber wenn man auch die Fähigkeit nicht hat, über einen gewissen Grad von Mitleid hinaus zu fühlen — zu denken und zu berechnen vermag man es doch, daß die unfaßbare Jammerquantität vorhanden ist —

„Das vermagst Du und ein paar andere — doch die Meisten denken und berechnen nicht.“

„Denken nicht.“ wiederholte er. „Gott sei's geklagt, das ist an allen Uebeln schuld: die Meisten denken nicht.“ —

Es war mir gelungen, Friedrich zu dem Entschlusse zu bewegen, den Dienst zu verlassen. Der Umstand, daß er — nach seiner Verheirathung — noch über ein Jahr gebient und mit Auszeichnung einen Feldzug mitgemacht, schäufte ihn vor dem, meinem Vater in der Brautzeit aufgestiegenen Verdacht, daß die ganze Detrath nur den Zweck habe, seine Laufbahn aufgeben zu können. Jetzt, wenn der Friede, dessen Präliminarien im Gange waren, geschlossen sein würde, und da voraussichtlich lange Jahre des Friedens bevorstanden — jetzt hatte ein Austritt aus dem Militärverband nichts Ehrverletzendes an sich. Zwar widerstrebte es noch einigermaßen Friedrichs Stolz, auf Stellung und Einkommen zu verzichten, um, wie er sagte, „nichts zu thun, nichts zu sein und nichts zu haben“; aber seine Liebe zu mir war doch ein mächtigeres Gefühl, als sein Stolz, und er konnte meinen Bitten nicht widerstehen. Ich erklärte, ein zweites Mal könne ich die Seelenangst nicht durchmachen, die mir die letzte Trennung verursacht — und er mochte wohl selber solchen Schmerz nicht wieder auf uns Beide herabbeschwören. Das Hartgefühl, welches vor seiner Verheirathung mit mir ihn vor der Idee zurück-schrecken ließ, von dem Vermögen der reichen Frau zu leben, das war jetzt nicht mehr im Spiele, denn wir waren so sehr eins geworden, daß zwischen „mein“ und „dein“

kein fühlbarer Unterschied mehr waltete, und verstanden einander so gut, daß er eine Mißbeurtheilung seines Charakters von meiner Seite nicht mehr befürchten durfte. Der letzte Feldzug hatte zudem seine Abneigung gegen die Mordpflichten des Krieges noch so sehr vergrößert und das rückhaltlose Ausprechen dieser Abneigung hatte dieselbe so gefestigt, daß ihm das Quittiren nicht nur als eine unfreiem häuslichen Glücke gemachte Konzession, sondern zugleich als eine Bethätigung seiner Bestimmung, als ein Ueberzeugungstribut erschien, und so versprach er mir, im kommenden Herbst — bis dahin mußten die Friedensverhandlungen doch beendet sein — seinen Abschied zu nehmen.

Wir planten, mit meinem, gegenwärtig im Bankhause Schmitt & Söhne liegenden Vermögen ein Gut zu kaufen, an dessen Bewirthschaftung Friedrich Beschäftigung finden würde. Damit sollte der erste Theil seiner Sorge „nichts zu thun, nichts zu sein und nichts zu haben“, schon beseitigt werden. Für das Sein und Haben würde auch Abhilfe geschaffen:

„Sein: f. l. Oberst a. D. und ein glücklicher Mensch — ist das nicht genug?“ fragte ich. „Und haben: Du hast uns — mich und Rudi und — die Kommenden . . . ist das nicht auch genug?“

Er schloß mich lachend in die Arme. Meinem Vater und den Andern wollten wir von unseren Plänen vorläufig noch nichts mittheilen. Jedemfalls würden Jene Einwände erheben, Rathschläge ertheilen, Klagen aussprechen — und das war jetzt noch überflüssig. Später würden wir uns über derlei hinaussetzen wissen; denn wenn sich zwei alles in allem sind, prallt jede fremde Meinung wirkungslos von ihnen ab. Diese gewonnene Sicherheit für die Zukunft erhöhte noch den Genuß der Gegenwart, welche sich ohnehin von der Fosse der durchgemachten schweren Vergangenheit so vortheilhaft abhob. . . . ich kann es nur wiederholen: es war eine schöne Zeit.

(Fortsetzung folgt.)

Schulter an Schulter mit ihren vrossiantischen Genossen für Demokratie und Sozialismus kämpfen. —

Gegen die Sonntagsruhe. Die Krämmer, die unter den Auspizien E. Richters gegen die Sonntagsruhe der Handlungsgelassenen Sturm laufen wollen, haben sich marschfertig gemacht. Eine Reichstags-Petition, betr. Aenderung des Gesetzes „Sonntagsruhe“, welche der Allgem. deutsche Gewerbe-Verein vorgebereitet, beantragt für die Gewerbetreibenden der verschiedenen Zweige die Festsetzung der Verkaufszeiten so einzurichten, wie sie für den geschäftlichen Verkehr am besten passen, und zwar: 1. Den Gewerbetreibenden der Nahrungsmittelbranche, als Bäcker, Metzger, Kolonial-, Delikatess- und Wursthändler, ist der Verkauf in den Frühstunden bis 10 Uhr Vormittags, sowie der Nachmittags- bezw. der Abendverkauf von 5—8 Uhr zu gestatten. 2. Den Konditoren, Feinbäckern, sowie Händlern der Tabak- und Zigarrenbranche der Sonn- und Feiertags-Nachmittag sowie der Abendverkauf vollständig freizugeben, weil ein großer Theil der Sonntagskundschaft in dieser Zeit bei Gelegenheit im Vorübergehen läuft. Da die hauptsächlich in Betracht kommenden Waaren keine absoluten Bedarfsartikel sind, so werden diese jetzt einestheils überhaupt nicht, anderentheils, z. B. Zigarren, in den Wirtschaften gekauft. 3. Für die Gewerbetreibenden sonstiger Zweige, als Manufaktur, Kurz-, Galanteriewaaren, Uhren, Schuh-, Hut- und Schirmhandel u. s. w. wird die Petition die Aenderung der Verkaufszeit von 11 bis 5 Uhr Nachmittags beantragen, weil diese Zeit am günstigsten für die Sonntagskundschaft (Fremde, Arbeiter und Landbevölkerung) gelegen ist. In verschiedenen größeren Städten, Köln, Ebersfeld, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Königsberg, haben sich, wie die „Kölnische Zeitung“ (Nr. 748 vom 20. d. M.) schmunzelnd meldet, seit kurzer Zeitigkeit bis jetzt schon etwa 8500 Gewerbetreibende der Petition angeschlossen. Für die Fügigkeit der Gesinnung dieses christlich-deutschen Klüngels legt die Petition wunderbares Zeugniß ab. —

Militärbudget in Oesterreich. Angeblich wollen die Höchstingenden in Oesterreich-Ungarn den Kriegsetat „nur“ um fünf Millionen Gulden erhöhen — bis auf Weiteres. Das dicke Ende kommt nach. Die Kriegsverwaltung, heißt es in einem offiziellen Wochenzettel, vermißt größere Forderungen, weil sie die Entwicklung der Frage der zweijährigen Dienstpflicht in Deutschland abwarten wolle, ehe sie größere Reformen diesbezüglich in Oesterreich durchführt. Ein Mitglied des Reichsrathes wartet auf das andere, um die Völker bluten zu machen. Und wir sollten dahinter bleiben. Nein, für uns gilt das Wort:

Gammemann, geh Du voran,
Du hast die Wassertriefeln an. —

Zur Arbeiterbewegung in Frankreich. Der Nationalrath der französischen Arbeiterpartei und der Generalrath der belgischen Arbeiterpartei erlassen in der neuesten Nummer des „Socialiste“ einen gemeinsamen Aufruf an die französischen und belgischen Bergarbeiter, um den verhängnisvollen Streit zu beenden, der seit einiger Zeit im Nordosten Frankreichs zwischen den Arbeitern der beiden Nationalitäten ausgebrochen ist. Die beiden Parteileitungen fordern die streitenden Arbeiter auf, den Kampf und Streit unter sich einzustellen, der nur ihren gemeinsamen Feinden, den französischen und belgischen Kohlenwerksbesitzern, zum Vortheil gereiche, und schlagen vor, ein Schiedsgericht zu wählen, das zusammengesetzt wird von je drei Delegirten des Pas-de-Calais und des Borinage, und dem von den Arbeitern gewählte Maire von Ronbaix präsidiren soll. Man darf annehmen, daß die streitenden Parteien diesem Versöhnungsstuf Folge leisten und damit ein Streit aus der Welt geschafft wird, der das gute Verhältniß der französischen und belgischen Arbeiter zu vergrüßeln drohte. —

Wolff's Telegraphisches Bureau meldet unter'm 20. September aus Lens (im französischen Departement Pas de Calais): Drei belgische Delegirte sind heute hier eingetroffen, um mit den Deputirten Lamendin und Wasly über die Beilegung der Konflikte zwischen den belgischen und französischen Arbeitern zu unterhandeln. Nachdem zwischen den beiderseitigen Delegirten eine Verständigung erzielt war, wurde eine Rundgebung an die belgischen und französischen Bergarbeiter entworfen, in welcher dieselben zur Eintracht und zur gegenseitigen Nachgiebigkeit aufgefordert werden, und erklärt wird, daß für die Streitigkeiten die Bergwerks-Kommissionen verantwortlich seien. —

Im Weiteren meldet der „Socialiste“, daß er vom 1. Oktober an täglich erscheinen wird. In einem Aufruf an der Spitze des Blattes, unterzeichnet von den Mitgliedern des Nationalrathes, Ferroul, Jules Guesde und Paul Lafargue, wird das Programm entwickelt, das der Wirksamkeit des Blattes zu Grunde liegt. Die Gesinnungsgenossen werden aufgefordert, das Blatt thätigst zu unterstützen. Wir begrüßen mit Freuden die neue Waffe, welche unsere französische Bruderpartei in ihrem täglich erscheinenden Organ erhält, und wünschen dem Unternehmen den allerbesten Erfolg. —

Rothschild und die soziale Frage. Baron Alphonse ist ob seiner von uns kürzlich registrierten millionenwürdigen Geistesfähigkeiten bei dem famosen Seebad-Interview von der französischen Presse so unbarmherzig durchgebechelt worden, daß er sich zu einer Erklärung veranlaßt sieht, in der er die Richtigkeit der Pariser Presse-Aufzeichnungen befreit. Herr Hurst ist aber der gewissenhafteste Bericht-erstatte, den die Pariser Presse hat, und einer der sehr wenigen, die von der sozialen Frage etwas verstehen. Jedenfalls versteht er davon mehr als Herr Alphonse Rothschild. Dieser hat zwar für seine Person unweifelhaft die soziale Frage gelöst, allein er ist ausgerüstet mit der ganzen Feivolität und Unwissenheit des Großproleten, und liefert durch sein famoses Interview ein vorzügliches Argument gegen den Jenseit, denn er beweist auf's Handgreiflichste, daß er, der hundertfache Millionär, ja Milliardenär, nicht mehr nationalökonomisches Verständniß hat, als die ärmsten und armseligsten Lintenklawen des Kapitalismus. Der dümmste derselben hat die nämlichen Gründe und Nebensachen am Schürchen, wie der König der „hohen Finanz“. Man braucht nur unsere deutsche Bourgeoispreffe zu lesen.

Wos durch einen charakteristischen Zug unterscheidet sich Herr Rothschild von unserem Eugen Richter und Genossen — nämlich durch seine Anerkennung des St. Simon'schen Satzes: „Jedem nach seinen Fähig-

keiten, Jedem nach seinen Werken“. Zu dieser Anerkennung eines der Väter des Sozialismus würde Eugen Richter sich niemals entschlossen haben. Herr Rothschild wohnt aber in Paris; er weiß, daß die Hauptfinanzgenies und virtuosesten Epizublen der Aera Napoleon — die Peraire, Mirés und Konsorten — eifrige St. Simonisten waren; und er weiß, daß in dem, anscheinend so revolutionär-sozialistischen Satz: „Jedem nach seinen Fähigkeiten und Jedem nach seinen Werken“ das ganze Evangelium des Kapitalismus und der freien Konkurrenz steckt. Wer die größte „Fähigkeit“ zum Stehlen hat, und die größten „Werke“ verrichtet im Stehlen, der ist auch der Reichste von Rechts wegen, nach St. Simon und Rothschild! —

Der Wahlreform-Entwurf in den Niederlanden. Nach dem in der Kammer eingebrachten Entwurfe einer Wahlreform soll, wie „Wolff's Tel.-Bureau“ meldet, jeder großjährige Niederländer das aktive Wahlrecht besitzen, der lesen und schreiben kann und den Unterhalt seiner Familie selbst zu bestreiten in der Lage ist. Eine Ausnahme sollen Gefangene und Geisteskrante bilden, sowie Personen, die sich dem Heeresdienste entzogen haben, und aktive Militärs unter Offiziersrang während ihrer Dienstzeit. Durch die Einführung dieser Reform würde sich die Zahl der Wähler auf 800 000, also 74 pCt. der männlichen Bevölkerung, erhöhen. Die Abstimmung soll in der Weise vor sich gehen, daß die Stimmzettel verschlossen in eine Urne gelegt werden, jedoch unter Aufsicht eines Wahlbureaus. Die Städte Amsterdam, Rotterdam, Haag, Groningen und Utrecht sollen fortan in Wahlbezirke eingetheilt werden. Jeder der hundert Deputirten würde in einem besonderen Bezirke gewählt werden.

Vom Dämmer. Auf dem „Dache der Welt“, dem Einfallsthor nach British-Indien hat Rußland festen Fuß gefaßt.

Der „Politischen Korrespondenz“ wird nun aus Petersburg berichtet, die russische Regierung habe dem Oberst Zonow befohlen, sich mit seinem Expeditionskorps aus dem Pamirgebiet zurückzuziehen und wieder in Ferghana in Garnison zu gehen. Dieser Rückzug ist eine Theater-rettade. Der Panismus behält das, womit er sich einmal abgerundet hat. —

„Es muß ein Ende gemacht werden!“ ruft die „Réforme“ von Brüssel angeichts der jüngsten Ghibbiposten aus Afrika aus — es muß ein Ende gemacht werden mit diesem Kongo-Schwindel, mit dieser ganzen Kolonialpolitik, welche nur ein paar hungrigen Spekulanten Vortheile bringt und die Zivilisation schändet. Die „Réforme“ hat recht. Und ganz dasselbe sagen wir von unserer Kolonialpolitik. Die afrikanische Kolonialpolitik aller Völker ist gleich verwerflich. Sie schändet nicht bloß die Zivilisation, sie schadet positiv dem Zivilisationswerk, indem sie die Anfänge der Kultur zerstört. Vor 25 Jahren konnte, wie Livingstone durch seine Reisen bewiesen hat, ein Europäer, der die Rechte der Eingeborenen achtete, unversehrt von einem Ende Afrikas bis zum anderen trifen. Heute ist das nicht mehr möglich. Dank der Raub- und Mordpolitik, als welche die Kolonialpolitik sich entpuppt hat, ist in ganz Afrika der Haß gegen die Europäer so groß, daß sie von den Eingeborenen todtgeschlagen werden, wie die toten Hunde, und daß die Kraber, welche das einzige Kulturelement im dunklen Erdtheil bilden, im Kampf auf Leben und Tod mit den europäischen Zivilisatoren stehen. Auf längere Zeit hinaus ist Afrika für jede wirkliche Kulturarbeit vollständig verdothen; nur noch harte Expeditionen, bis an die Zähne bewaffnet, können sich ins Innere wagen — und auch sie müssen stets bald umkehren, wenn sie nicht ausgerieben sein wollen. Also nieder mit der ganzen Kolonialpolitik! So rufen auch wir! —

Parteinachrichten.

Die Sozialdemokratie in der Gemeindeverwaltung. In der „Braunschweiger Landeszeitung“ war die übliche Behauptung aufgestellt, die Sozialdemokratie habe im dortigen Magistratskollegium nichts Positives geleistet, sondern nur die Debatten in die Länge gezogen und unangenehme Klagen vorgebracht. Dem gegenüber erinnert der „Braunschweiger Volksfreund“ an folgende Verbesserungen, die durch den Eintritt sozialdemokratischer Stadtverordnete veranlaßt wurden. Gerechtere Steuererschätzung, ordnungsmäßige Führung der Wählerlisten, Reduktion der Schülerzahl der Volksschule pro Klasse auf 30 (früher waren in einzelnen Klassen je 130 und mehr Kinder), Bau neuer Schulen, Veröffentlichung der Vorgänge im Stadtverordneten-Saal (früher war sogar ein Stadtverordneter ausgeschlossen worden, weil er solche Vorgänge in der Presse besprochen hatte), Zurückdrängung der Privatinteressen in jeder Hinsicht. Dabei war unsere Partei nie durch mehr als drei Mann im Kollegium der Braunschweiger Stadtväter vertreten.

Die sozialdemokratische Landeskonferenz für das Großherzogthum Hessen, welche am 20. September in Darmstadt tagte, war von 88 Delegirten aus 52 Orten besetzt. Den Rosenbericht des Landeskomitees erstattete Gramer-Darmstadt. Nach einem kurzen Referate des Reichstags-Abgeordneten Ulrich-Offenbach über die Bedeutung der Landtagswahlen für die sozialdemokratische Partei nahm die Konferenz eine Resolution an, in welcher erklärt ist, es sei Pflicht der Genossen, in allen Kreisen Hessens, wo irgend Einfluß auf die Wahl der Wahlmänner ausgeübt werden kann, sich an der Wahl zu betheiligen. Um eine einheitliche Regelung der Organisation und Agitation für die Landtagswahlen herbeizuführen, beantragte Landtags-Abgeordneter Müller-Darmstadt, die gegenwärtig noch lokalen Wahlvereine überal aufzulösen und das ganze Hessenland centralistisch zu organisiren, ebensol beantragte er, die endgiltige Komitierung der Kandidaten einer Zentralkommission zu überweisen und ihr auch die gesammte Agitation in die Hand zu geben. Als geeignet für Ausschalt an Erfolg bezeichnete Redner in der Provinz Starkenburg den 8. Bezirk (Vorsitz), den 12. Bezirk (Darmstadt-Land) und den 15. Bezirk (Langen), in Oberhessen den 5. Bezirk (Gießen-Land) und in Niederhessen den 8. Bezirk (Main-Land). Es wurde hierauf folgende Resolution angenommen: Die endgiltige Komitierung der Kandidaten für die Landtagswahl steht lediglich dem Landeskomitee zu, jedoch hat dasselbe die Vorschläge der Genossen der in Betracht kommenden Wahlkreise in Berücksichtigung zu ziehen. Ueber „Staatssozialismus“ und unsere Stellung zu demselben referirte Reichstags-Abgeordneter J. N. Mainz. Er war der Ansicht, daß die Partei den Staatssozialismus in jeder Form auf das Entschiedenste zu bekämpfen habe. Ein Beschluß wurde in dieser Angelegenheit nicht gefaßt, dagegen erkannte man die Ausführungen des Referenten einstimmig als richtig an. Zum Schluß wurde noch votirt, daß der Sitz des Landeskomitees für Hessen in Darmstadt bleiben soll, ferner sollen die Genossen Gramer, Müller und Berthold die Geschäfte weiterführen mit dem Rechte, sich zu coöpiriren.

Thüringer Parteitag. Aus 27 Orten hatten sich am 11. September 85 Delegirte zum Parteitag der Sozialdemokratie Thüringens in Apolda eingefunden. Beteiligt waren die Orte Apolda, Arnstadt, Buttstädt, Cambsdorf, Giefenach, Erfurt, Goldlauter, Gotha, Großen, Heiderbach, Heiligenstadt, Jüterboghausen, Jena, Jünnau, Jüversgehofen, Kahlis, Mühlhausen, Nordhausen, Oberroßla, Salza, Salungen, Sangerhausen, Steinbach bei Liebenstein, Stadtilm, Suhl, Weimar und Wenigenjena. Nach Entgegennahme der Berichte der Agitations-, Propaganda- und Kontrollkommission, sowie des Geschäftsführers der Thüringer Tribüne debattirte namentlich der Parteitag über die Zweckmäßigkeit der Gründung von Kopsblättern und nahm hierzu schließl. folgenden von den Erfurter Delegirten gestellten Antrag mit großer Majorität an: „Die fernere Gründung von Lokal- und Kopsblättern in Thüringen wird von der Zustimmung der Agitations- und Kontrollkommission abhängig gemacht.“ Des Weiteren wurde beschlossen, die Agitationskommission mit der Herausgabe eines Flugblattes zu beauftragen. Als Sitz der Kontroll- und Propagandakommission wurde Erfurt wiedergewählt und erstere um zwei Mitglieder, die Nordhausen und Jünnau zu entsenden berechtigt ist, vergrößert. Die Agitationskommission hat wie bisher ihren Sitz in Erfurt. Die Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag bleibt der Agitationskommission überlassen.

Ein Schwabenreich. Das Gesuch des Stuttgarter sozialdemokratischen Vereins um Ueberlassung der städtischen Reithalle zu der Volksversammlung, in welcher Vollmar referiren soll, wurde vom Gemeinderath mit 14 gegen 4 Stimmen gemäß dem Antrage der Bau-Abtheilung abgelehnt, wonach „prinzipiell“ weder die Reithalle noch die gleichfalls städtische Gewerbestätte zu politischen Versammlungen zur Verfügung gestellt werden soll. Ein besonderer Grund für die Ablehnung war noch der, daß bei der Volksversammlung in den Lohbelag der Reithalle Dinge gerathen könnten, welche den Pferden schädlich sind. Was das für schädliche Dinge sein sollen, ist uns ein Räthsel. Vermuthlich beobachten die Stuttgarter Kavaliere“ dann auch die Vorsicht, ihre Rosinanten auf der Straße in Hitzschuhen galoppiren zu lassen, damit die aristokratischen, an Havannaclub gewöhnten Pferde nicht etwa gar in den — a dono! — 8 Pfennig-Zigarrenstummel eines Proletariats treten. Der andere Grund ist nicht geistreicher, denn wenn die Stuttgarter herrschende Gesellschaft die genannten städtischen Lokale für politische Versammlungen einmal ernstlich beansprucht, dann wird derselbe Gemeinderath, der heute aus „Prinzip“ diese Lokale den Arbeitern verweigert, schon anderen Sinnes werden.

Da sind die Ravensburger doch angenehmere Leute. Ihr Gemeinderath bewilligte zur Vollmar-Versammlung das geforderte städtische Lokal einstimmig. Warum geht's denn dort?

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Wegen Verleumdung der Polizei verurtheilte das Stettiner Schöffengericht den Parteigenossen Krause zu 30 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten der Urtheilspublikation. Er hatte in einer Tischerversammlung erklärt: Obgleich die Sonntagsarbeit verboten sei, werde doch immer gearbeitet. Selbst Demunziationen bei der Polizei nützen nichts, weil von den Rüstern manchmal etwas abfalle. In letzterer Redewendung erblickte die Polizei den Vorwurf der Beschuldigung. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängniß, das Gericht erkannte jedoch wegen der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten auf die erwähnte Geldstrafe.

Ueber eine neue sächsische Polizeithat berichtet die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“: „In der Passafesteier der Dresdener Sozialdemokraten, die am 4. September im Stating Aint stattfand, wurde auf Verlangen des Publikums von der Kapelle die Marseillaise gespielt und von den Versammelten mit Gesang begleitet. Wir haben nicht bemerkt, daß durch diesen Gesang die „Ordnung und gute Sitte“ im Saalstunde gerüttelt oder auch nur im Geringsten gestört worden ist. Doch der verehrlichen Polizei hat dieser Gesang nicht angethan in die Ohren geklungen, ihr erschien er offenbar sehr staatsgefährlich, deshalb zürte sie den Parteigenossen Donath, welcher die Passafesteier angemeldet hatte, zu sich und machte ihm die erfreuliche Mittheilung, daß er, da er das „nicht obrigkeitlich genehmigte“ Singen der Marseillaise nicht verhindern hatte, die Kleinigkeit von 100 Reichsmark in den Polizeifiskus zu entrichten habe. Ehe die Polizei diese 100 M. in ihre Finger bekommt, wird noch manche Marseillaise gesungen werden, denn Donath denkt selbstredend gar nicht daran zu bezahlen, sondern wird die Gerichte befragen, ob die Polizei in Sachsen das Recht besitzt, den Gesang eines Liebes, dessen Inhalt in keiner Weise gegen die Gesetze verstößt, zu verbieten.“

Soziale Uebersicht.

In der Metallwaaren-Fabrik von Ruppst und Sohn, Berlin, Wasserthorstr. 65, haben die dort beschäftigten vier Klempner und Gärtler gestern die Arbeit eingestellt, weil ihnen von dem Meister das Sprechen untersagt und sie während der Pausen auf das Peinlichste beobachtet wurden.

Die zweite Generalversammlung des deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes tagte am 30. August und folgende Tage in Hannover. Der auf 2 Jahre zurück (seit Tagung der ersten Generalversammlung) sich erstreckende Rechnungsbericht ergiebt folgendes Resultat:

2. Quartal 1892	M. 69 677,01
Gesamtaufgabe vom 3. Quartal 1890 bis inkl. 2. Quartal 1892	52 717,28
Kassenbestand am Schluß des 2. Quartals 1892	M. 16 959,73
Eingegangen vom Schluß des 2. Quartals 1892 bis zum 30. August 1892	299,83
Summa	M. 17 259,58
Aufgabe vom Abschluß des 2. Quartals 1892 bis 30. August 1892	1 820,04
Kassenbestand am 30. August 1892	M. 15 439,54

Von den Beschlüssen der Generalversammlung ist der wichtigste folgender auf Antrag Pfeiffer-Berlin gefaßt: „Die am 30. August 1892 und folgende Tage in Hannover stattfindende Generalversammlung des Deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes erklärt ihre volle Sympathie mit den mit Aufsperrung bedrohten Kollegen Englands, Schottlands, Wales und Irlands und fordert alle Kollegen dringend an, den Jung nach Großbritannien fernzuhalten. Sie fordert die Delegirten auf, an ihren Orten eine dementsprechende Agitation zu entfalten, damit unsere dortigen Kollegen, trotz des Uebermuths des Unternehmers im Stande sind, ihre Organisation aufrecht zu erhalten.“

Aus den viertägigen Verhandlungen, welche ein jähes Ende dadurch erfuhren, daß der überwachende Beamte dem Vorstehen bekannt machte, er sei beauftragt die Versammlung angesichts der drohenden Choleraepidemie zu schließen, ist noch hervorzuheben, daß gewünscht wurde, man möge einen Industrieverband aller in der Bekleidungsindustrie beschäftigten Arbeiter errichten. Weßhalb Anbahnung desselben soll im nächsten Sommer in Erfurt ein Industriekongreß stattfinden und wurde die Sektion Erfurt mit den Vorarbeiten betraut. Die weiße Zeit nahm die Statutenberatung in Anspruch. Man setzte die Aufnahmegebühr auf 50 Pf., den Wochenbeitrag für männliche auf 15, für weibliche Mitglieder — am hauptsächlich diesen den Beitritt recht leicht zu machen — auf 5 Pf. fest. Zum Sitz des Verbandes wird Jena und zum Geschäftsführer Kollege Holzhauser gewählt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, 22. September.

Opernhaus. Die Meisterfänger von Nürnberg.

Schauspielhaus. Die Quixos.

Lesing-Theater. Ein unbeschriebenes Blatt.

Deutsches Theater. Die beiden Leonoren.

Berliner Theater. Nora.

Wagner-Theater. Die Braut von Messina.

Sroll's Theater. Der Freischütz.

Sellekiance-Theater. Joseph in Ägypten.

Kesiden-Theater. Madame Mon-gobin.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Schönbrüchen.

Thomas-Theater. Rein Häsung.

Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna.

Alexanderplatz-Theater. Das Versprechen hinter'm Herd. — Tannhäuser.

Ostend-Theater. Die Cameliendame.

Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.

Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Saunmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Die wilde Madonna.
Singspiel in 3 Akten von L. Troplow.
Couplets von G. Görs. Musik von G. Stollens. Mit neuen Kostümen und Dekorationen aus dem Atelier des Herrn Lütkenmeyer in Coburg.
In Scene geht um Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexander-Platz-Theater.

Das Versprechen hinter'm Herd.
Tannhäuser.
Große Ausstattung u. Singspiel-Pose.
Anfang um 7 1/2 Uhr.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.
Täglich

Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Mit Selina, die singende Luftsee.
Gruppe Leopold, Kraft u. Bahnproduktionen a. d. Ringen, Akrobaten-Gruppe, Barriere-Akrobaten, Mr. Clermont, m. f. dress. Esel, Schweinen, Hähnen, u. Garretton-Gruppe, Excentr. Akrobaten, Granau und Herfeld, Wiener Duellisten, Herrn. Schulte, Singspiel-Humorist.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.

Castan's Panoptikum.

Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Passage-Panoptikum.
Fuß!!
ein
Riesen-Rind!!!
Ohne Extra-Entrée.
von 11-1 und 4-9 Uhr.



Viktoria-Brauerei.

Platzon-Strasse 111/112.
Im Konzertgarten resp. Saal.
Täglich (außer Sonnabends):
Stettiner
Sänger.
Stets wechselnd. Programm.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entrée 50 Pfg.
Wochentagsbillets à 40 Pfg. (5 Plakate).

Großes Vereinszimmer m. Pian., 40 Pers. fass., einige Tage zu vergeben.
20756) E. Siegmund, Eisenbahnstr. 20.

Egyptische Ausstellung.

Stadtbahnstation Zoologischer Garten.
Geöffnet von Morgens 10 Uhr an.
Grosses Konzert von 8 1/2 Uhr an.
Vorführung der Karawane Nachmittags 4 1/2 und 7 Uhr.

Kathreiner's Malz-Kaffee
Nur in Packeten mit dieser Schutzmarke.
Patentirtes Fabrikations-Verfahren.
Vorzüglichster Zusatz und Ersatz für Bohnenkaffee.
Malz mit Kaffee-Geschmack.
Kathreiner's Malz-Kaffee-Fabriken München, Wien-Basel-Mailand-Dijon, Filialen in Berlin und Paris.



Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anstalt.
Nono Jakobstr. 9, Brunnenstr. 123, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. f. Färb. u. Reing. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mt. p. Pfd., Bettdeck. gef. 1,25 Mt. p. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzentfernung von blauschwarzen Kammgarn-Garderoben. 2646L

Kapital! Behufs Erbauung eines eigenen Versammlungslokals sucht sich die Soz. Partei einer Stadt in der Niederlausitz mit einem oder mehreren Kapitalisten a. l. Parteigenossen in Verbindung zu sehen. Befagtes Unternehmen soll im genossenschaftlichen Prinzipie seine Ausführung finden. Gesl. Zuschr. erb. unter Ch. Volkshalle, Sorau N.-L., postl. 90062

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Wir empfehlen den Parteigenossen zur Anschaffung:
Illustrirter
Neue Welt-Kalender
für das Jahr 1893.
Preis elegant broschirt 50 Pfennig.
(Mit Gratis-Beilage und Wandkalender.)
Der Neue Welt-Kalender enthält neben vielem Wissenswerthem für's tägliche Leben interessante Aufsätze belehrenden und unterhaltenden Inhalts, Gedichte, Erzählungen, Biographien etc.
Ferner:
Deutscher Handwerker- und Arbeiter-
Notiz-Kalender
für das Jahr 1893.
Einfache Ausgabe: Gebunden 50 Pfennig.
Feine Ausgabe: Gebunden 75 Pfennig.
Der Notiz-Kalender für 1893 bringt die Novelle zur Gewerbe-Ordnung und das Krankenversicherungs-Gesetz in neuester Fassung.
Für beide Kalender ist jeder Arbeiter Häuser-
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Alle Buchhandlungen, Kolportage und Zeitungs-Spediteure nehmen Bestellungen entgegen. — Bei Aufträgen von auswärts wolle man den Betrag (Porto extra) der Bestellung beifügen.

Kinderwagen-Fabriklager.
Das größte im Norden Berlins, von A. W. Schulz, einzig und allein 114b Brunnenstr. 114b, 1. Etage u. Hof part. Theilzahlung gestattet.

Kinderwagen, größtes Lager, billigste Preise, von 7 Mk. an, auch Theilzahlung, Oranienstraße 3 im Nordgeschäft. 1817b

Gratweil's Bierhallen
Kommandantenstraße 77-79.
Täglich:
Auftr. d. Germania-Konzert-u. Complet-Sänger.
(Damen u. Herren.)
Wochentag frei. Sonntag Entrée 30 Pfg.
Gr. Frühstück- u. Mittagstisch, zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen.
F. Sadtke.

Moabiters Gesellschaftshaus,
Alt-Moabit 80/81.
Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten.
Anfang 4 Uhr. Entrée 30 Pfg.
Hellmuth Peters.
Vereinszimmer u. Regelbahn zu vergeben
Marxgrafenstr. 8 2055b

Fachverein der Tischler.

Freitag, den 23. September, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Nordert, Beuthstr. 23:

Vorstandssitzung.
Billets zur Möbel-Ausstellung sind wieder auf dem Arbeitsnachweis zu haben. 85/4
Der Vorstand.

Dankagung.

Allen Freunden und Bekannten, die unserem Vater, dem Kartendrucker Carl Boucho, die letzte Ehre erwiesen haben, namentlich dem Gesangverein Esmeralda für den Gesang am Grabe des theuren Entschlafenen sagen wir unsern herzlichsten Dank.
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Dr. med. Böhm, prakt. Arzt, Spezialarzt 2081 b
für Naturheilverfahren und Massage.
Kochstr. 37, 2 Tr. 8-9 und 4-5.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, 2088b
Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Neu eröffnet!
C. Bohne's 2088b
Vegetarianisches Speisehaus
58. Große Frankfurterstr. 58.
Nährhafte, wohlschmeckende Speisen.
Mäßige Preise. Kein Trinkgeld.

Grosse öffentliche Kommunalwähler-Versammlung
für den 15., 25. und 26. Kommunal-Wahlbezirk
am Donnerstag, den 22. September, Abends 8 Uhr, in Hause's Salon, Gr. Frankfurterstr. 117.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Referenten: Die Genossen J. Bernau und S. Bruns.
2. Aufstellung der Kandidaten und Wahl eines Bezirks-Komitee's für den 15. Kommunal-Wahlbezirk.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung bittet um recht zahlreichen Besuch
490/13
Der Elaborator.

Grosse Gedächtniss-Feier
zum Fall des Sozialistengesetzes
im „Feenpalast“, St. Wolfgangstr. u. Burgstr.-Ecke,
am Sonnabend, den 1. Oktober, Abends 8 Uhr,
arrangirt von den Genossen des
I. Berliner Reichstags-Wahlkreises.
Vokal- und Instrumental-Konzert,
unter Mitwirkung von 250 Sängern (Mitgl. des Arbeiter-Sänger-Bundes)
Dirigent: Rudolf Tietz.
Festrede gehalten vom Reichstags-Abg. Aug. Bebel.
Großes Festspiel.
12 Jahre Verbannung, oder: Des Ausgewiesenen Heimkehr.
Episch-dramatische Dichtung in 12 lebenden Bildern von G. M. Schroll,
dargestellt vom „Verein für volksthümliche Kunst“, unter Leitung seines Dirigenten Genossen Fritz Hansen.
Nach dem Konzert und Festspiel:
Grosser BALL.
Billets à 30 Pfg. sind bei den bekannten Genossen und in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.
NB. Eintrittsbillets zu den lebenden Bildern sind à 10 Pfg. bei den Fest-ordnern zu haben. Um zahlreichen Besuch bittet
Das Fest-Comité.

Unterstützungs-Verein der Maurer des Westens Berlin's.
Sonnabend, den 24. September 1892:

V. Stiftungs-Fest
im Etablissement „Königshof“, Bülowsstraße 37.
Grosser BALL. Um 12 Uhr: Kaffeepause.
Nachdem: Große Bilder-Verloosung.
Anfang 8 Uhr. — Herren-Billets 50 Pfg., Damen 30 Pfg.
Billets sind zu haben bei: W. Selig, Calauerstr. 3, Fr. Kühne, Pallasstr. 4, R. Wand, Brunnenstr. 125, C. Böhm, Kahlerstr. 7, Fr. Rothe, Bülowstr. 59, Weisbach, Yorckstr. 40, und in den mit Plakaten versehenen Lokalen. 467/5
Das Comité.

Achtung!

In der
Borussia-Brauerei zu Nieder-Schönweide
findet am
Sonnabend, den 24. September cr., Abends 8 Uhr, das
3. Stiftungsfest
des
Gesangvereins „Eintracht“
statt, bestehend aus
Vokal- und Instrumental-Konzert und grossem Tanz.
unter gütiger Mitwirkung mehrerer Vereine, sämtlich Mitglieder des N.-S.-B.
Festrede gehalten vom Genossen Fritz Zubell.
Entrée incl. Tanz Herren und 50 Damen 25 Pfg.
Freunde und Genossen sind freundlichst eingeladen. Um regen Besuch bittet
Das Vergnügungs-Komitee.

Schlosser und Maschinenbauarbeiter (Süden).

Heute, Donnerstag, den 22. September, Abends 8 Uhr:
Gr. öffentl. Versammlung
im Saale des Herrn Hoffmann, Oranienstr. 180.
Tagesordnung:
1. Vortrag über „Gewerbeverträge“. Referent: Kollege J. Gerisch.
2. Diskussion. 3. Aufstellung von vier Kandidaten zum Gewerbegericht.
Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen eruchtet
Der Vertrauensmann.

Achtung! Achtung!

Heute, Donnerstag, den 22. September, Nachm. 3 Uhr, findet eine
Große öffentliche Versammlung
aller in den Bäckerei-Betrieben beschäftigten Arbeiter
im „Schultheis“ (früher „Eisteller“) Chauffeestr. 88 statt.
Tages-Ordnung:
1. Aufstellung der Kandidaten zum Gewerbegericht. 2. Die Arbeiter-Bildungsschule. Referent: Dr. Vinn. 3. Geschäfts-Bericht der Agitations-Kommission. 4. Verschiedenes. 504/4 Die Agitations-Kommission.

Achtung! Friedrichsberg. Achtung!

Große öffentliche
Volks-Versammlung
für den Kreis Nieder-Barnim
am Sonntag, den 25. September, Vormittags 11 1/2 Uhr,
im Saale des Herrn Spitzig, Frankfurter Allee 193.
Tages-Ordnung:
1. Die wirtschaftlichen Krisen. Referent: Genosse Th. Glöck.
2. Diskussion. 3. Wahl der Delegirten zum Berliner Parteitag.
4. Verschiedenes. — Um recht zahlreiches Erscheinen eruchtet
Der Einberufer.

Von der Cholera.

Dem Kaiserlichen Gesundheitsamt vom 20. bis 21. September, Mittags, gemeldete Cholera-Erkrankungs- und Todesfälle:

Staat und Bezirk.	Ort.	Datum:							
		17./9.	18./9.	19./9.	20./9.				
		erkrankt	gestorben	erkrankt	gestorben				
Hamburg.	Hamburg.	286	127	241	115	206	105	211	100
Preußen:	Schleswig.	10	4	20	7	17	8	11	8
	Stade.	—	—	—	2	1	—	—	—
	Stettin.	1	1	—	4	1	5	2	—

Einzelne Erkrankungen:

Regierungsbezirk Schleswig: in den Städten Wandsbeck und Pinneberg je 1 Ort der Kreise Stormarn und Kiel-Land 2 Erkrankungen, 3 Todesfälle.

Regierungsbezirk Lüneburg: in der Stadt Harburg und je 1 Ort der Kreise Harburg-Land und Dannenberg 2 Erkrankungen, 3 Todesfälle.

Regierungsbezirk Stade: in Stadt Stade sowie in 3 Orten der Kreise Jork, Neudingen und Stade 5 Erkrankungen, 6 Todesfälle.

Berlin: 5 Erkrankungen, darunter 1 Todesfall (Karlstein, Saderli, Geride, Michaelis mit Kind).

Regierungsbezirk Potsdam: in Stadt Schwedt 1 Todesfall.

Der Reichs- und Staats-Anzeiger (Nr. 223 vom 21. d. M.) bringt folgende preussische Bekanntmachung: Um den Gefahren der Weiterverbreitung der Cholera durch den Flussverkehr im Stromgebiet der Oder möglichst wirksam entgegenzutreten, ist der königliche Regierungs-Rath Müller, bisher zu Tangzig, als Staatskommissar für die Gesundheitspflege in dem gedachten Stromgebiete eingesetzt worden. Derselbe hat den Auftrag, unverzüglich in Verbindung mit den Verwaltungsbehörden alle Maßregeln zu ergreifen und zur Durchführung zu bringen, welche geeignet sind, die in dem Gebiete der Oder und ihrer Nebenflüsse, sowie der von Osten her in dasselbe führenden Schiffsfahrtskanäle vorkommenden Fälle von Cholera festzustellen, jede Verschleppung der Krankheit durch Menschen oder deren Habe, sowie durch Flußfahrzeuge zu verhindern, die Krankheitskeime und die Gelegenheit zu deren weiterer Entwicklung so weit als nur irgend möglich zu tilgen. Der Staatskommissar hat seinen Sitz in Stettin. Derselbe wird über die Einrichtung des Dienstes das Erforderliche in geeigneter Weise zur öffentlichen Kenntnis bringen.

Der „Frankf. Zig.“ schreibt man aus Hamburg: Herr Professor Koch hat allerdings einige der von den Behörden getroffenen Maßnahmen gelobt, im Allgemeinen aber sich offen und rückhaltlos wenig befriedigt gezeigt und es auch an starkem Tadel nicht fehlen lassen. Er hat den Mitgliedern der am Mittwoch im Anschluß an die Bürgerchaftssitzung gewählten gemischten Kommission rundweg erklärt, wenn staatl. Verwaltungen nicht sofort dafür sorgen, daß die Bevölkerung gutes Trinkwasser erhalte, würden sich die Epidemie nicht los werden. Das Ausbleiben von gechlortem und Quellwasser sei doch nur ein vorübergehender Zustand, der schon deshalb nicht lange andauern könne, weil auch der Vorrat nicht im Stande sei, auf lange Zeit hinaus sich alles Wasser, das in seinem Haushalte gebraucht wird, selbst abzulösen.

Hilfe für Hamburg. Im „Echo“ (Nr. 222 vom 21. d. M.) liest man:

In den verschiedensten Städten werden jetzt Sammlungen für die Nothleidenden in Hamburg eingeleitet. So daß den hiesigen Hilfskomitees für einige Zeit genügend Mittel zur Verfügung stehen werden, um in der beschränkten Zahl von Fällen, welche von ihnen als berücksichtigungswürdig betrachtet werden, einige Hilfe eintreten zu lassen. An unserer Ansicht über das Angemessene der Privatwohlthätigkeit und die Nothwendigkeit der Staatshilfe ändert dies natürlich nichts. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Staat mit seinen Mitteln einzutreten hat, und zwar ungekürzt. Mit Almosen ist nichts gethan; damit befreit man den Nothleidenden nicht. Das Proletariat will auch keine Almosen, es fordert Arbeit. Wir könnten eine ganze Reihe von Fällen aufzählen, wie Arbeiterfamilien sich kränkten, sich an das Hilfskomitee zu wenden, trotzdem ohne eigenes Verschulden die bittere Noth bei ihnen eingeklopft war. Aber selbst diejenigen Kreise, welche sich bisher dagegen verwahrt haben, daß der Staat ordnend und helfend in die Nothstandsfrage eingreifen muß, werden sich in eigenen Interesse von ihrem bisherigen Verhalten abwenden müssen. Auch ihnen werden doch endlich die Augen aufgehen darüber, vor welcher Gefahr Hamburg, der ganze Staat, nicht nur die „niedereen“ Klassen steht. So oft ist erklärt worden, daß die Lebensdauer Hamburgs der Handel ist. Bedingungsweise gehen wir dies zu. Es hat sich ja auch während der traurigen Epoche, welche wir gegenwärtig durchmachen, gezeigt, daß das Stocken allen Verkehrs die Noth aufs Höchste gesteigert hat. Alle die Tausende von Arbeitern, welche sonst am Hafen und anderswo im Verkehrsgebiete beschäftigt sind, stehen müßig und sehen dem schlimmsten Elend ins Auge. Die Industrie, die hier in Hamburg in so enger Verbindung mit dem Handel steht, wie kaum anderswo, liegt gänzlich darnieder, und weitere Tausende von Arbeitern sind dem Hunger preisgegeben. Ohne einer Uebertreibung schuldig zu machen, können wir behaupten, daß der weitläufigste Theil unserer Arbeiterbevölkerung von allen Mitteln entblößt ist. Daß eine halbverhungerte, entkräftete Bevölkerung keine Widerstandskraft gegen die Seuche besitzt, wird Jeder zugeben, und daß darum die Cholera sich in Permanenz erklären wird, ist die nothwendige Folge.

Dieser Erkenntnis hat auch die gemischte Kommission von Senat und Bürgerchaft sich nicht verschlossen. Sie befürchtet, wenn man den Artikel des „Freidenklers“ vom Montag Abend als richtig betrachten kann, ein Fortdauern der Epidemie mit gelegentlichen Ausflüssen und scheinbarem Erlöschen, und einen Wiederausbruch im nächsten Frühjahr. Nun wohl! Auch wir theilen diese Befürchtung! Was wird die weitere Folge sein? Hamburgs Handel und Verkehr ist durch die Absperungsmassregeln, durch die unvermeidlichen Maßnahmen unserer „deutschen Brüder“ gelähmt. Die lähmende Cholerafurcht so vieler mit Hamburg in Verbindung stehenden Firmen im Binnenlande macht es unmöglich, den gewohnten Absatz für Hamburger Waaren zu finden. Nicht genug damit; wie es in der Natur unserer kapitalistischen Gesellschaft

liegt, spekuliert man schon auf die Nothlage Hamburgs, und während man Sammlungen für die Nothleidenden einleitet, mit seiner Wohlthätigkeit prunkt, sucht man Hamburg seinen Lebensnerv abzuschneiden und dessen Verkehr an sich zu ziehen, zu Ruh und Frommen des eigenen Geldbeutels. Tausend Mark giebt man; Millionen sucht man in den eigenen Kassenschrank zu leiten.

Will man den unheimlichen asiatischen Gast wirksam bekämpfen, so gilt es, das gesammte Volk widerstandsfähig zu machen, durch gesunde, ausreichende Ernährung und durch gesunde Wohnungen. Was das erstere betrifft, so haben wir schon mehrmals den Weg gezeigt, wie dies zu erreichen ist. Für alle Arbeitsfähigen Arbeit — für die nicht mehr Arbeitsfähigen Unterstützung; Beides von Staatswegen. Es ist klar, daß in der gegenwärtigen Periode die Privatunternehmer selbst beim besten Willen nicht in der Lage sind, alle die Tausende zu beschäftigen, die jetzt sterben. Daran ändert weder der Ruf der Gewerbetreibenden, noch der Appell an die Kunden im Innern Deutschlands das Geringste. Hamburger Arbeit und Hamburger Waaren sind nun einmal verwehrt, und vor Erlöschen der Seuche wird das nicht anders. Was den Absatz in Hamburg selbst betrifft, so kann dieser unter den gegenwärtigen Umständen nicht groß sein, denn die Kaufkraft der breiten Masse ist vollständig erschöpft und ein großer Theil der „oberen Zehntausend“ ist geflüchtet und beobachtet vom sicheren Asyl aus das verwehrende Riegel seiner Mitbürger mit dem gefährlichen Feinde, vielleicht mit der Spende von einigen Silberlingen für die Nothleidenden das Gewissen beschwichtigend. Es müssen also andere Maßregeln ergriffen werden, und dazu gehört, wie wir fort und fort betonten, leider ohne bisher Gehör zu finden, die Inangriffnahme von Staatsarbeiten großen Umfangs. Man werfe nicht ein, daß dies nicht so schnell geschehen könne, daß man zu den Plänen Zeit gebrauche u. s. w. Seit Jahren sind die Pläne zur Verbesserung der Stadt-Wasserkunst fertig; seit Jahren sind die Arbeiten im Gange, allerdings in einer Weise, daß Niemand etwas davon merkt. Nun gut, man nehme diese Arbeiten ernsthaft in Angriff und viele fleißige Hände finden Arbeit, viele Familien Brot. Weiter: Vor mehreren Jahren schon waren die Pläne für den Alsterkanal fertig, den Wasserweg zwischen Alster und Elbe durch den Hammerbrook. So viel wir uns erinnern, ist der Bau auch genehmigt. Sollten diese gewiß sauber und sorgfältig ausgeführten Pläne im Archiv des Herrn Oberingenieurs Meyer versinken? Man führe sie aus; jetzt ist die Zeit für solche Unternehmungen. Viele Hunderte von Arbeitern finden Beschäftigung, und ihre Familien sind vor Mangel geschützt. Aber noch mehr giebt es zu thun, ohne daß man irgend etwas zu überbürden oder unnütze Arbeit zu machen braucht. Gehen wir ungekürzt an die Assanierungsarbeit; je schneller sie erledigt wird, desto besser. Schon jetzt haben die oberflächlichen Untersuchungen ergeben, daß ganze Gebäudekomplexe im Interesse der Allgemeinheit niedergelegt werden müssen, daß eine Vertheilung ganzer Straßen nothwendig ist, wenn die Seuche verschwinden soll. Eine gründliche Aufdeckung wird noch weitere Abbrüche als nothwendig erweisen. Das ist ein Feld für einen Hamburger Hausmann! Wie der napoleonische Eisenmeister in rücksichtsloser Weise vorging, ganze Stadtviertel demolirte, dafür aber ein neues, gesünderes Paris erstehen ließ, so muß auch hier vorgegangen werden. Keine Rücksicht auf den Widerstand jener Grundbesitzer, welche bisher aus ihren verwahrlosten Schmutzhöhlen reiche Rente bezogen! Sie dürfen sich nicht beklagen, hat doch ihr widerlicher Egoismus mit den Boden geschaffen für die tödtliche Krankheit, die jetzt alle bedroht, die schon Tausende von Opfern gefordert hat, unschuldige Opfer. Man beginne also, Breche zu legen in jene Viertel, die ein Seuchenherd sind und bleiben werden. Allerdings taucht hier eine Frage auf, die nicht so leicht zu erledigen scheint, nämlich die Unterbringung der obdachlos gewordenen Familien. Es darf nicht wieder vorkommen, daß es diesen Leuten geht, wie den Bewohnern jener Stadttheile, welche vor dem Holsausbruch niedergegriffen wurden. Man darf nicht wieder das Spekulantentum und Bauwüthentum begünstigen, welches in den neuen Stadttheilen ebenso gesundheitswidrige Wohnungen baute, wie die alten Gebäude am Kehrvieler waren. Auch hier muß der Staat eingreifen, und zwar durch Herstellung billiger und gesunder Wohnungen an der Peripherie der Stadt.

Und der Hamburger Staat hat die Mittel und die Macht dazu. Ohne in Deutschland und darüber hinaus betteln zu gehen, kann Hamburg alle Maßregeln treffen, die zum Wohle seiner Bevölkerung nothwendig sind. Fehlt es an Geld? Eine Nothstandsleihe von vielen Millionen würde auf keine Schwierigkeiten stoßen. Hamburgs Finanzverwaltung war bisher eine gute, und der Kredit des Hamburger Staates ist unbedenklich. Hat der Staat nicht die Macht, dem Gemeinwohl widersprechende Elemente zur Unterordnung unter das Allgemeininteresse zu zwingen? Nun, man möge jene Energie, die man sonst ungenügender Weise zur Unterdrückung freirechtlicher Bestrebungen angewendet, auch einmal da gebrauchen, wo sie am Platze und nützlich ist. Alle Privilegien und Sonderinteressen müssen schweigen vor dem Befehle der Nothwendigkeit, vor der uns Allen drohenden Gefahr.

Hamburg, 21. September. Von gestern Mittag bis heute Mittag sind hier 211 Cholera-Erkrankungen und 100 Todesfälle gemeldet; davon entfallen auf gestern 149 Erkrankungen und 64 Todesfälle. Der Rest sind Nachmeldungen. Die Transporte betragen gestern 133 Kranke und 37 Leichen. Heute scheint die Zahl der Erkrankungen zuzunehmen, man sieht viele Transporte. Regenwetter.

Hamburger Patrizier-Biligkeit. In der „Hollischen Zeitung“ liest man:

Am vorigen Sonnabend trat einer der nach Hamburg gekommenen jungen Mediziner, welcher als Hilfsarzt am allgemeinen alten Krankenhaus wirkte, als er noch mehrtägiger Krankheitsgeneser war, an den Oberarzt mit der Bitte heran, ihm die Abreise zu gestatten. Die Gewährung dieser Bitte wurde in Aussicht gestellt, zugleich erfolgte seitens des Oberarztes die Abrechnung für das außer den Reisepfeften zu zahlende Honorar mit — 3 M. 30 Pf.!!! für jeden Tag, während bei der Berufung ein, wie uns von anderer Seite mitgeteilt wird und eigentlich auch selbstverständlich erscheint, wesentlich höherer Betrag — man sagt 25 M. — außer Kost und Wohnung in Aussicht gestellt worden war, welche letztere überdies wahrhaftig bei dem Fehlen fast jeglicher ausreichenden Ruhepausen kaum in Betracht gezogen werden können. Auf den Hinweis des so Behandelten, daß ein so niedriger Honorarfuß zu den sonst für ärztliche Bemühungen üblichen Entschädigungen in keinem Verhältnis stehe, erfolgte die Antwort, daß nach der vom Senat erfolgten Anweisung eben nicht mehr gezahlt werde. Der Betreffende lehnte darauf sofort die Annahme dieses Honorars ab, was auch seitens der übrigen im allen allgemeinen Krankenhaus thätigen auswärtigen Mediziner geschah, die zugleich als Ausfluß ihrer Gefühle über den Anstand, der ihnen für ihre Aufopferung zu Theil werden sollte, eine Beschwerde an das Kollegium des Krankenhauses richteten, in welcher sie das ihnen gemachte Honorarangebot als geradezu beleidigend bezeichneten und zurückwiesen. Die Antwort, welche auf diese Eingabe umgehend von dem gerade zu einer Sitzung vereinigten Kollegium des Krankenhauses erfolgte, ist geradezu ver-

blüffend; in derselben wurden nämlich die Beschwerdeführer, ohne daß ihnen auch nur ein Wort des Dankes ausgesprochen wurde, angewiesen, das Krankenhaus am Sonntag Vormittag ungekürzt zu verlassen; ihre Kompetenzen seien für sie angewiesen. Sämtliche Beteiligte haben jedoch die Annahme des Honorars, die Mehrzahl auch diejenige der Reisepfeften abgelehnt.

Hamburg, 20. September. Der Gesamtbetrag der bisherigen Sammlungen für die Nothleidenden in Hamburg beläuft sich, wie wir gestern schon berichteten, auf über 1 200 000 M.

Bremen, 21. September. In dem benachbarten preussischen Dorfe Achim sind 2 Todesfälle unter starken Cholera-Erscheinungen vorgekommen. Das bakteriologische Institut zu Göttingen ist zur Untersuchung aufgefordert, deren Ergebnis bald zu erwarten ist.

Lübeck, 21. September. Ein Matrose auf dem schwedischen Dampfer „Vore“ ist auf der Fahrt von hier nach Stockholm unter choleraähnlichen Symptomen verstorben. Ob wirklich asiatische Cholera vorliegt, ist noch nicht festgestellt.

Der Senat beschloß in seiner heutigen Sitzung, den Waarenverkehr von Hamburg nach hier entsprechend den Bestimmungen der preussischen Ministerialverordnung wieder zuzulassen. — Die Handelskammer ersuchte den Senat um Aufhebung verschiedener Maßregeln gegen die Cholera, da manche Verordnungen zum Schutze der Bevölkerung nicht erforderlich seien, durch die Beschränkungen aber der Handel und Verkehr aufs Empfindlichste leiden.

Stettin, 21. September. Seit zwei Tagen sind hier keine neuen Cholera-Erkrankungen vorgekommen. Aus den vorhergehenden Tagen sind aber, infolge der erst jetzt beendeten bakteriologischen Untersuchung, noch fünf Cholera-Erkrankungen amtlich konstatiert worden.

Eberswalde, 21. September. Bei der vor einigen Tagen unter choleraverdächtigen Symptomen erkrankten Frau Gobbin hat die bakteriologische Untersuchung das Vorhandensein von Cholera asiatica ergeben; dieselbe wird die Krankheit wahrscheinlich übersehen. Heute Vormittag sind (der Landrath von Bethmann-Hollweg, der Kreisphysikus und der Regierungsrath Rangow aus Berlin hier eingetroffen; dieselben haben einer Sitzung der Sanitätskommission beigewohnt und darauf einen Rindgang durch die Stadt gemacht, um die sanitären Verhältnisse zu inspizieren. Die achte Kontrollstation unter Stadbrücke Waage ist heute früh in Thätigkeit getreten. Die Schiffe, welche den Ort passieren, werden vollständig desinfiziert und die Mannschaften untersucht.

Swinemünde, 21. September. Der hiesige Magistrat macht bekannt, daß hier bis zum heutigen Tage zwei Personen unter choleraverdächtigen Symptomen erkrankt und zwei gestorben seien. In Ueckermünde ist ein Todesfall infolge asiatischer Cholera amtlich festgestellt.

München, 21. September. Zu der am künftigen Montag im kaiserlichen Gesundheitsamt stattfindenden Vorbereitung eines Reichs-Seuchengesetzes werden sich der Vorsitzende des bayerischen Ober-Medizinalausschusses Geheimrath Dr. v. Kerschbamer und Geheimrath Dr. von Pettenkofer nach Berlin begeben.

Wien, 21. September. In einer Sitzung der großen Wiener Sanitätskommission lenkte der Gemeinderath Herold die Aufmerksamkeit des Bürgermeisters auf die Wichtigkeit einer guten Volksernährung und sprach den Wunsch aus, der Bürgermeister möge an geeigneter Stelle die Frage anregen, ob nicht ein Verbot der Ausfuhr von Vieh nach Deutschland und der Schweiz zweckmäßig sei. Gewiß ist die gute Volksernährung von höchster Wichtigkeit, aber Viehaustrichverbote nützen nichts. Man sorge in dieser Krisis für ausreichende Unternehmung und hebe durch gute soziale Politik die Lebenshaltung der Massen! Da aber hapert es!

Krakau, 20. September. Seitdem die Cholera in Krakau und Podgorze ausgebrochen ist, sind in beiden Orten zusammen 10 Erkrankungen vorgekommen, von denen 5 einen tödtlichen Verlauf genommen haben. Die ärztliche Revision des Gepäcks und der Personen, welche Krakau und Podgorze mit der Eisenbahn verlassen, begann gestern Nachmittag 2 Uhr. Der Statthalter von Galizien, Graf Sadowi, ist hier eingetroffen und hat das Cholerahospital besichtigt und sich persönlich von dem Stande der Assanierungsarbeiten in Krakau und Podgorze überzeugt. Derselbe nahm auch an der Beratung des Magistrats über die weiteren gegenüber der Cholerafahr nach treffenden Maßregeln Theil und wird heute Nacht nach Lemberg zurückkehren.

Brüssel, 21. September. Auch hier ist eine fortschreitende Besserung bemerkbar; die in zwei Hospitälern befindlichen Choleraerkranken befinden sich fast sämmtlich außer Gefahr.

Amsterdam, 21. September. Nach Meldungen aus Herzogenbusch ist daselbst ein Arbeiter an der asiatischen Cholera erkrankt. In Vleckengraaf sind zwei von der asiatischen Cholera befallene Personen gestorben.

Rotterdam, 20. September. Ein mit seinem Fahrzeug aus Amsterdam hier eingetroffener Schiffer wurde von der asiatischen Cholera befallen. — Nach Meldungen aus Bergambacht ist daselbst eine Frau gleichfalls an der asiatischen Cholera erkrankt.

Rotterdam, 21. September. Hier sind 4 neue Erkrankungsfälle und 5 Todesfälle an Cholera vorgekommen; die Epidemie ist in den letzten Tagen in Schiedam, Bomm, Groot-Ammer, Groningen und Rossum ausgebrochen, überall mit 1 bis 3 Todesfällen.

Kopenhagen, 21. September. Das dänische Generalkonsulat in Stockholm meldete gestern Abend telegraphisch: Der Personenverkehr aus ganz Dänemark nach Schweden ist freigegeben. — Nach einer heute veröffentlichten Bekanntmachung des Justizministers dürfen Personen, die sich aus Dänemark über die Landesgrenze nach der Provinz Schleswig-Holstein begeben, über die Grenze nach Dänemark auch dann zurückkehren, wenn noch nicht 3 Tage seit ihrer Abreise vergangen sind, vorausgesetzt, daß diese Personen ein Gesundheitsattest für diese Zeit beibringen.

Rom, 21. Sept. Wegen der Cholerafahr werden die für Oktober geplanten Wallfahrten nach Rom wahrscheinlich aufgeschoben werden.

Es bestätigt sich, daß das nächste Konsistorium im Laufe des Oktober oder November noch nicht stattfinden wird.

Sissabon, 21. Sept. Die Regierung hat dem deutschen Postdampfer „Reichstag“, welcher von Hamburg kommend, eine an einer gastrischen Störung leidende Person an Bord hatte, den Befehl zugehen lassen, unverzüglich den Tojo zu verlassen.

Paris, 21. September. Gestern sind in Paris 20 Cholera-Erkrankungen und 10 Todesfälle, innerhalb der Baumelle 9 Erkrankungen und 6 Todesfälle vorgekommen.

Yavre, 21. Sept. Gestern sind hier 4 Personen an der Cholera erkrankt und 4 gestorben.

Die wegen Majestätsbeleidigung zu längerer Gefängnisstrafe verurtheilte Näherin Agnes Wabnitz befindet sich noch in der Charitee. Sie hat ihren Vorsatz, während der Zeit ihrer Einsperrung keine Nahrung zu sich zu nehmen, auf Anrathen ihres Verteidigers aufgegeben, so daß man mit der zwangswise Ernährung hat aufhören können.

Die in diesem Frühjahr wegen versuchten Mordanschlags vom Schwurgerichte zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilte Telegraphistin Barnewitz ist nunmehr begnadigt worden, nachdem die Geschworenen sofort nach Schluß der Verhandlung ein diesbezügliches Gesuch an den Kaiser gerichtet hatten. Das von der damaligen Angeklagten begangene Verbrechen richtete sich befänglich gegen ihren Bräutigam und Verführer, welcher sie durch sein Verbrechen, sich von ihr zu trennen, zur Verzweiflung getrieben hatte.

Ladenkassen-Raub. Am 20. Abends von 1/10 bis 10 Uhr wurde in dem Zigarengeschäft Nauannstr. 31 während die Frau allein war, die Kasse mit 65 M. geraubt. Es ist eine Messingkassette mit 4 runden Abtheilungen, worin die verschiedenen Geldsorten sich befanden. 50 M. in 50 Pf., und Markstücken, das übrige in Nickel und eine Rolle mit Pfennigen. Etwaige zur Ermittlung des Diebes dienende Umstände bittet man dem Besohlenen oder im Polizeirevier, Nauannstr. 39, mitzutheilen.

Eine Reihe von schweren Unglücksfällen sind in der Nacht zu Mittwoch durch Betrunkene Kutscher eines Gefährtes der hiesigen Abtheilung verübt worden. Gegen ein Uhr Nachts fuhr ein diesem Institut gehöriger Transportwagen, auf dem sich außer dem Kutscher Lammie noch ein Begleiter befand, in rasender Eile die Kaiserstraße entlang. Beim Einbiegen in die Chausseestraße wurde ein den Strahndamm überschreitender Mann von den Pferden zu Boden gerissen, indessen nicht allzu schwer verletzt. Um sich der Verfolgung zu entziehen, peitschte der Kutscher L. noch mehr auf die Pferde und diese jagten nun auf das Rondel am Oranienburgerthor los, von welchem eben der 65-jährige Maschinenbauer Rodenkopf mit seinen erwachsenen Kindern, einem Sohn und einer Tochter, auf die Straße trat. Die jungen Leute konnten sich noch vor den Hufen der wild um sich schlagenden Pferde retten. Herr R. jedoch wurde niedergedrückt und erlitt durch Ueberfahren schwere Verletzungen an Kopf, Brust und Hüften. Nun verjagte Lammie den Wagen zu wenden, das Gefährt wurde aber gegen die Steinmauern des Rondels geschleudert und beide Insassen flogen auf den Strahndamm. Hierbei erlitt Lammie eine schwere Gehirnerschütterung, sein Begleiter Müller leichtere Verletzungen am Kopf. Der 65-jährige Kutscher wurde in hoffnungslosem Zustande nach der Charitee, Herr R. in seine Wohnung gebracht. Der zuerst verletzte Mann, ein Gerichtsaktuar, konnte nach Anlegung eines Nothverbandes am Kopf nach Hause gehen, der Begleiter des Kutschers aber wurde der Polizeiwache zugeführt und in Haft behalten.

Eine Bluthat, die leider mit dem Tode eines Menschen enden dürfte, hat sich am verfloffenen Montag Abend in unserem Vorort Weißensee abgespielt. Der 23-jährige, in der Greifswalderstraße in Berlin wohnende Arbeiter Frederick ging am jenem Abend gegen 9 Uhr mit seiner in Weißensee in der Straßburgerstraße wohnenden Braut, der 20-jährigen Anna B., in der Gärtelstraße nahe dem Schleißstuhl spazieren. Hier kamen ihnen der in der Köllnstr. 186 wohnende Maler Kobelt und der Arbeiter Osburg entgegen. A. machte einige abfällige Bemerkungen über die B. und es kam zu einem Wortwechsel zwischen dem Bräutigam des Mädchens und den beiden Arbeitern. Da noch ein vierter Arbeiter, Weiland, hinzukam, so entfiel der Freund des Mädchens und ließ den Letzteren in den Händen seiner Gegner Frederick und Weiland, die den A. durch Messerstücke schwer verletzten. Die Braut holte nun Polizeidiener herbei, welche den Verwundeten in das Kronenhaus Friedrichshagen schafften, wo der Unglückliche, dessen Wunde durch Messerstücke durchbohrt ist, hoffnungslos darniederliegt. Beide Thäter, die nur in der Nothwehr gehandelt haben wollen, sind verhaftet.

Einer Fahrlässigkeit mit Schusswaffen fiel wieder ein junges Menschenleben zum Opfer. Am Montag Mittag, zwischen 12 und 1 Uhr, befand ein Berliner Malergehilfe, verheirathet und Vater von fünf Kindern, seinen Bruder, welcher in der Mannert'schen Tischlerei in Steglitz, Duppelstraße 16, als Geselle arbeitete. Das Mannert'sche Personal hatte soeben Mittagbrot gegessen und unterhielt sich damit, aus einem kleinen, neuartigen Zentralfener-Pistol, das man sich zur Probe irgendwo geliehen und im Werkzeugkasten des Bruders von dem Malergehilfen aufbewahrt gehalten hatte, nach einer kleinen, neuartigen Zentralfener-Pistole zu schießen. Alles umstand den Schützen, jenen Malergehilfen. Da versagte plötzlich der Hahn des Pistols. Der Maler machte nun alle möglichen Anstrengungen und Verbewegungen, um das Pistol dennoch zum Schuß zu bringen. Hierbei kam der Lauf in eine Richtung abwärts vom Ziel. Mit einem Mal ging der Schuß los, ein Aufschrei folgte und getroffen sank der sechsundzwanzigjährige Lehrling Raube in einen Haufen Hohlblech. Das Blut desselben färbte bald die Spähne, während das Leben seinem Körper entfloß. Verfürt eilten die Zeugen des Vorfalles von dannen. Erst nach langen Minuten wurde ein Arzt, Herr Dr. Schwedter, herbeigeholt. Als dieser den so jäh Dahingekommenen besichtigte, konnte er nur noch den eingetretenen Tod desselben bekunden. — Das Geschoß hatte allem Anscheine nach Herz und Lunge durchbohrt. — Die Leiche verblieb bis zum Abend am Thore, dann wurde sie vollständig eingepackt und nach dem Malermeister Hesse'schen Hause, Schlossstr. 85, wofelbst die Eltern des jungen Menschen wohnen, geschafft. Der Thäter hat sich, fast wohnsinnig vor Schreck und Verzweiflung, sofort der Polizei gestellt und ist in's Steglitzer Amtsgefängnis gebracht worden, bis die Kommission ihres Amtes gewaltet haben wird. Seine Vernehmung ist bereits erfolgt; weinend und jammernnd hat er das traurige Ergebniß seiner Fahrlässigkeit offen bekundet.

Nach bestand sich das Geschoß von diesem traurigen Ereigniß im Grunde der Umwohnerschaft, da durchschießte eine neue Unglücksbotschaft den Ort: Am Abend war eine verheirathete Frau, welche mit einer Ladung Kartoffeln vom Felde kam, vor ihrer Wohnung an der Zeig- und Birkenstraße, beim Abheilen von ihrem Wagen so unglücklich gewesen, daß sie unter die Räder kam und beim plötzlichen Anrücken des Gespannes überfahren und getödtet wurde.

Polizeibericht. Am 20. d. M. Vormittags wurde eine Frau vor dem Hause Barnimstr. 59 von einem Geschäftswagen überfahren und erlitt einen Rippenbruch. Sie wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht. — Ein Hausdiener wurde auf der Treppe des Hauses Kommandantenstr. 80/81 von Krämpfen befallen, fiel einige Stufen hinab und erlitt so bedeutende Verletzungen am Kopfe, daß seine Ueberführung nach der Charitee erfolgen mußte. — Vor dem Hause Burgstraße 18 sprang ein wohnungsloser Schuhschneider in die Spree, wurde jedoch von vorübergehenden Personen noch lebend herausgezogen und nach der Charitee gebracht. — Als Abends ein Schaffner der Charlottenburger Pferdebahn-Gesellschaft, auf dem Trittbrettle des von ihm geführten Pferdebahnmagens stehend, die Charlottenburger Chaussee passirte, wurde er von einem vorbeikommenden Arbeitswagen erfasst und heruntergeworfen, so daß er überfahren wurde und schwer verletzt nach der Charitee gebracht werden mußte. In der Nacht zum 21. d. Mts. geriethen augenscheinlich infolge vorfälliger Brandstiftung auf dem Grundstück Kommandantenstr. 12 in den dort belegenen Kuffhäuser die zu Streuzwecken unter den Krippen aufgestapelten Holzspähne in Brand, und erstickten in dem entstandenen Rauch 10 Kühe. Außerdem landeten am 20. d. M. 4 Brände statt.

Theater.

Leipzig-Theater. 20. September. Zum ersten Male: „Ein unbeschriebenes Blatt.“ Lustspiel in vier Akten von Paul Heyse.

Wie die „Wahrheit“, wie der letzte Roman Heyse's, so ist auch das jüngste Werkchen eine Lenzarbeit. Nur daß das „unbeschriebene Blatt“ um seiner schwanartigen Behaglichkeit, um seiner munteren Episoden willen unstrahlender mehr geliebt. Es ist überflüssig bei einer literarischen Persönlichkeit von der Eigenart Heyse's ausdrücklich noch auf die Feinheit der Sprache, die Eleganz des Dialoges hinzuweisen. Grundfänglich aber gilt für dies Stück dasselbe, wie für die anderen Kampfschriften des alternden Poeten, er trifft nicht in die richtige Kerbe, weil er das Problem nicht in seinem Wesen erfasst, sondern gründlich mißversteht. Wer sich einen Gegner so konstruirt, wie es ihm beliebt, nur daß er ihn mit einem satirischen Hieb oder einem pathetischen Stoße leicht und triumphierend in den Sand streckt, anstatt den leidenschaftlichen Widerstand, so wie er ist, auf's Korn zu nehmen, wird von Scheintrag zu Scheintrag eilen und doch nicht der Geschlagene sein. Deshalb Heyse die sozialen Streiftagen nicht ergreift, haben wir bei einer früheren Gelegenheit auseinandergesetzt, heute sei nur darauf verwiesen. Mit Koyebue'schen Klümpchen der Frauenfrage zu Weibe gehen und die Emanzipation des Weibes im Stile einer Claren'schen Novelle behandeln, ist höchstens eine denkwürdige Urkunde für die Grenzen des dichterischen Talents, das mit eigenen Banden an das gesellschaftliche Mittel, worin es gedeiht, an die geschichtlichen Bedingungen seines Aufkommens gefesselt ist.

Die niedlichen Abenteuer, die Heyse uns vorführt, um seine Ansicht zu erweisen, spielen natürlich in der „guten Gesellschaft“. Rittergutbesitzer, Geheimrathswitwen, ein Referendar (ob auch Reservelieutenant, wird nicht gesagt) sind die Träger der Handlung. Eine pietistische Geheimrathin, beschränkt und intrigant, erzieht ihre Tochter und ihren Sohn mütterlich-bornirt und hält das Töchterchen Hildegard, deshalb für „ein unbeschriebenes Blatt“, ihren Sohn für einen Kusbund aller Tugenden. Natürlich reagiren die Kinder auf die verkehrte Erziehung so wie dies verständlich ist in den großbürgerlichen Kreisen, der Sohn wird nicht zu wenig lächerlich und die Tochter hält sich für einen „Kartell-Geist“, weil sie heimlich Jola und Tolstoj liest. Der Held des Stückes, ein Landjunker, verlobt mit einem Gänsechen vom Lande, der Jugendfreundin Hildegard's, hat früher etwelche galante Abenteuer gehabt, die zu den Ohren der Geheimrathin kommen. Diese sprengt voll stitlicher Entrüstung die Verlobung, um zu erleben, daß ihr „unbeschriebenes Blatt“ in ein harmloses und doch kompromittirtliches Abenteuer sich stürzt, nämlich den Landjunker, der ihre „Kartell-Geistige“ Volksgenossin richtig als Volksgenossin erkannt hat, mit ihrer „Vorurtheilslosigkeit“ zu imponiren. Eine „Lante für Alles“, eine seine alte Jungfer, die einzige gut geeignete Bekanntschaft des Lustspiels, bringt die Liebesgeschichte — natürlich liebt Hildegard den abgehalfterten Bräutigam, ihr leichtgläubiger, mit Schulden belasteter Bruder verschließt sich in das Gänsechen vom Lande, den „brüderlichen Regenwurm“ — in's Loth, und das Ende ist ein Verlobungskontrakt, über welchen die fromme Geheimrathin den Segen spricht.

Gespielt wurde vortrefflich. Emanuel Reicher als Landjunker, Will Petri als Hildegard und Luise von Bölling als Geheimrathin trugen die Palme davon. Sehr gut war auch als „Lante für Alles“ Marie Meyer.

Gerichts-Beitrag.

In einer bemerkenswerthen Entscheidung gab eine gestern vor der 7. Strafkammer geführte Verhandlung gegen den Restaurateur S. Veranlassung. Der Angeklagte, welcher in seinem Geschäftsbetriebe vollständig schuldenfrei war, hatte, durch verschiedene Börsenspeculationen, bei denselben in Getreide spekulirt. Nachdem sein eigenes Vermögen durch die Zahlung mehrerer Tausend Mark Differenzen aufgezehrt war, blieb er Differenzen von über 100 000 M. schuldig, und auf Antrag der Börsenspeculationen wurde das Konkursverfahren über ihn eröffnet. In demselben meldeten sich nur Börsenspeculationen mit Differenzforderungen an, weil andere Schulden nicht erfüllten. — S. hatte seine Transaktionen in Börsensachen nur in einem Notizbuch notirt und hatte auch keine Bilanz gezogen. Er wurde deshalb angeklagt, die ihm obliegende Buchführung, sowie die Bilanzierung unterlassen zu haben, sowie durch Börsenspeculationen übermäßige Summen schuldig geworden zu sein. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis, indem er den Angeklagten auf Grund des Umfangs der Börsengeschäfte als einen Kaufmann betrachten wissen wollte. Gegenwärtig führte Rechtsanwalt Hugo Sachs an der Hand der Rechtsprechung aus, daß der Angeklagte, welcher als Restaurateur an sich zur Führung von Handelsbüchern nicht verpflichtet sei, durch Börsenspekulationen nicht zu einem Kaufmann geworden sei, weil er diese Spekulationen nur durch die Bankhäuser gemacht habe, welche ihrerseits an der Börse als Selbstkontrahenten aufgetreten seien. Wegen der Nichtabgabe der Börsendifferenzen könne der Angeklagte aber nicht bestraft werden, weil die Strafbestimmung der Konkursordnung nur dann anzuwenden sei, wenn Jemand den Baaren gläubigern, von denen er unter der Voraussetzung einer soliden Geschäftsgebarung Kredit erbeten und erlangt habe, durch Kontrahierung von Börsenschulden Beträge schuldig geblieben sei, nicht aber, wenn Jemand — wie in diesem Falle — es ablehne, den Börsenspeculationen weitere Spielräume zu leisten, um seine Baaren gläubiger nicht zu schädigen. — Das Gericht adoptirte diese Ausführungen und sprach den Angeklagten frei, mit der weiteren Begründung: der Angeklagte habe gar keine Gläubiger, weil diese Differenzschulden als Schulden nicht zu erachten seien, und es würde heißen, eine Prämie auf das Börsenspiel setzen, wenn man einen Börsenspeculationsschuldner noch strafrechtlich belangen würde.

Wegen eines schändlichen Diebstahls stand gestern der Schlossergeselle Max Kunzig vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte, der einen auskömmlichen Lohn erhielt und bei seinen Eltern wohnte, wurde von der Luft ergriffen, sein Glück im fremden Lande zu versuchen. Um sich die Mittel dazu zu verschaffen, stahl er seinen betagten Eltern ihre ganzen Ersparnisse in Höhe von 2400 M. und brannte damit durch. Er begab sich nach London, Anstatt zu arbeiten, vergebete er das gestohlene Geld in kurzer Zeit in der lächerlichsten Weise und kehrte dann nach Berlin zurück. Nachdem der Vater den Strafantrag gestellt, belegte der Gerichtshof den ungerathenen Sohn mit einem Jahre Gefängnis.

Bei dem auf dem Steilener Bahnhofe befindlichen Postamt ließen im verfloffenen Jahre ausfallend viele Beschworenen ein, daß Briefe, welche durch dieses Postamt zu befördern waren, die Adressaten nicht erreicht hatten. Der Inspektor nahm eines Tages eine plötzliche Durchsichtung der Briefträger und der ihnen zur Verfügung stehenden Bekanntschaft vor und hierbei wurden bei dem Briefträger Friedrich Mörner eine Anzahl geöffnete Briefe gefunden, welche längst hätten bestellt sein sollen. Mörner gestand dann auch ein, daß er in mindestens zwölf Fällen je einen Brief unterschlagen habe, wenn er durch Befehlen und durch Halten gegen das Licht vernathen konnte, daß sich Papierreste oder Freimarcken in den Briefen befänden. In einem Falle habe er einen Fünfmarschein in einem Briefe gefunden. Gestern stand Mörner wegen dieser Unterschlagungen im Amte vor der IV. Strafkammer des Landgerichts I. Es fiel

besonders erschwerend gegen den Angeklagten ins Gewicht, daß derselbe seit 5 Jahren mit einem Gehalt von monatlich 100 M. angestellt war und keine Kinder hat. Der Gerichtshof hielt bei dieser Sachlage Milde nicht am Platze, sondern erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Die Ueberzeugung von einer erheblichen Verletzung längerer Gefängnisstrafen auf jugendliche Verbrecher kam in der harten Strafe zum Ausdruck, welche die I. Strafkammer gestern dem 14-jährigen Schulknaben Richard Dams auflegte. Derselbe hatte sich mit dem noch nicht freimündigen Knaben Jadel in dem Hause zusammengefunden, die in der Skaligerstraße wohnenden Eltern des Letzteren zu bestehlen. Zu diesem Zwecke kauften sie für die 5 Pf., über welche sie zu gebieten vermochten, Draht, und der Angeklagte formte daraus so kunstgerecht einen Dietrich, daß es den Jungen gelang, während der Abwesenheit der Eltern des Jadel in die verschlossene Wohnung zu gelangen und die verschlossene Kommode zu öffnen. In derselben bewahrten die armen Leute ihre paar Sparspennige in Gestalt von 80 M. auf. Die Vurschen stahlen das Geld, verwendeten einen Theil zum Ankauf warmer Würste und Wein und theilten den Rest unter einander. Der Gerichtshof hielt die Verderbtheit des jugendlichen Angeklagten für so groß, daß er denselben trotz bisheriger Unbescholtenheit eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr auflegte.

Der ehemalige Kalkulator Max Köfener wurde gestern der III. Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt, um sich wegen einer ganzen Reihe Straftathen zu verantworten. Der Angeklagte, der bei der Berlin-Potsdamer Bahn angestellt war, beging hier Straftathen, welche ihm eine Zuchthausstrafe von 3 Jahren eintrugen. Nach seiner Freilassung erhielt Köfener durch Fürsprache einen Posten als Hilfsarbeiter bei der Strafanstalt in Moabit mit einem Monatsgehalt von 90 M. Er hielt das seinen Gönnern gebene Versprechen, ein ordentliches Leben zu führen, nicht, sondern suchte Kneipen mit Damenbedienung auf und machte Schulden über Schulden. Dann betrat er den Weg des Schwindels und entwickelte dabei eine außerordentliche Vielseligkeit. Unter der Vorspiegelung, daß er einen Depositen bei Jaquar u. Securus über 6000 M. entlösen müsse, falls derselbe nicht verfallen solle, gelang es ihm, von seinen Wirthsleuten ein Darlehen von 150 M. zu erhalten. Um sich weiteren Kredit zu verschaffen, fertigte er sich einen Depositen über 18 400 M. an, welche Summe er bei der Reichsbank hinterlegt zu haben vorgab. Es waren zumeist Frauen und geschäftstüchtige Leute, die er dadurch zu täuschen wußte. Im Auschank der Schuldbücher Brauerei in der Bohrenstraße hielt der Angeklagte sich einen halben Tag auf, machte dort eine gehörige Hecke und erklärte dann dem Keller, daß er ohne Geld sei. Das ganze Verbalten des Angeklagten zeugte von so niedriger Gesinnung, daß der Staatsanwalt ihn für unverbesserlich hielt und eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren und dritteljährlicher Ehrverlust gegen ihn beantragte. Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts.

In der vor dem Reichsgericht anstehenden Verhandlung in der Feinze'schen Mordsache hat Rechtsanwalt Dr. Cosmann als Verteidiger der Frau Feinze den Revisionsantrag derselben ausführlich begründet. Dem Vernehmen nach trägt die Revision die Verletzung materieller Rechtsnormen, insbesondere des § 74 St.-O.-B., welcher sich auf die bei dem Zusammentreffen mehrerer strafbarer Handlungen zu findenden Gesamtkraft bezieht. Die Beschwerde richtet sich ferner gegen die unterlassene Verlesung mehrerer Schriftstücke und Protokolle, während die Verlesung mehrerer protokollierter Zeugenaussagen wieder als unstatthaft bemängelt wird. Ferner wird die Verlesung des Zeugen Hofmann ergriffen, und es als eine Verschärfung der Vertheidigung erachtet, daß der Antrag der Vertheidigung, ein Schreiben des verstorbenen Untersuchungsrichters, Landgerichtsraths Hofmann, zu verlesen, abgelehnt wurde. Nach Hofmann soll in diesem Schreiben nach geschlossener Voruntersuchung erklärt haben, daß dieselbe keinerlei Belastungsmomente ergeben habe, aus denen zu schließen wäre, daß Feinze's Irrenden an der Ermordung des Wälders Braun theilhaftig gewesen seien. Schließlich bemängelt die Revisionschrift auch die Art und Weise, wie die Geschworenen die Schuldfragen beantwortet haben und behauptet, daß der Spruch der Geschworenen unklar sei und in der Luft schwebt.

Leipzig, 17. September. Von Dr. Simon in St. Gallen, Webel's Schwiegersohn, war in einem Artikel des „Leipziger Tageblattes“ behauptet worden, daß er in Deutschland weder ein Abiturientenexamen bestanden, noch sich den Dokortitel erworben habe, obwohl Dr. Simon thatsächlich das Abiturientenexamen in Breslau ausgezeichnet bestanden und sich in Jena den „Dr. phil.“ „summa cum laude“ geholt hatte. Weiter war behauptet, daß Webel selbst gesagt habe, er wüßte bei einer eventuellen Erkränkung nicht von seinem Schwiegersohne behandelt zu werden, auch waren in dem betr. Artikel sonstige Interna der Webel'schen, bezw. Dr. Simon'schen Familie berührt. Der Chefredakteur des „Leipziger Tageblattes“, Dr. Küchling, übernahm die Verantwortung für den ihm eingefandten Artikel und wurde zu 200 M. Geldstrafe und zur Publikation des Urtheils in dem genannten Blatte verurtheilt, nachdem die Vertheidigung auch den Nachweis erbracht hatte, daß Dr. Simon sich durch ein fünfjähriges Studium der Medizin, sowie Ableistung des Vorkurses und großen Staatsexamens in der Schweiz die volle Berechtigung zur ärztlichen Praxis erworben habe. (S. S. 17.)

Verfammlungen.

Zur Beachtung! Wir bitten die Herren Schriftführer, bei der Abfassung der Verfammlungsberichte sich aller nur möglichen Kürze zu befehlen.

In einer Verfammlungen der Zugsarbeiter und Kartonsarbeiter und Arbeiterinnen hielt Kollege K. B. die 1. Verfammlungen über die Bedeutung der Gewerkschaften, indem er namentlich betonte, daß auch die Arbeiterinnen — obwohl vom Wahlrecht selbst ausgeschlossen — sich recht lebhaft an der Agitation für die Wahlen zu diesem Verichte betheiligen müßten. Nach einer Erklärung des Zugsarbeiter Witting, daß ihm in der letzten Gewerkschaft-Verfammlungen übertragene Amt als Vertrauensmann niederlegen zu müssen, da er gezwungen sei, Berlin zu verlassen, wurden die Herren K. B. Jahn, Glacee- und Kartonsarbeiter, und August K. A. Zugsarbeiter, einstimmig als Kandidaten zum Gewerkschaftsausschusse aufgestellt. Darauf brachte Kollege Witting verschiedene Vorschläge zur Sprache, die in der Hagelberg'schen Papierfabrik herrschen. Dergleichen machte Greiffenberg auf verschiedene sanitäre Mängel der Papierfabrik Hochlein und Weinberg aufmerksam und ersuchte die Anwesenden, der Aufforderung des „Vorwärts“ zur Sammlung der Vorschläge nachzukommen. Nach einem warmen Appell des Vorkämpfers an das Sozialitätsgefühl der Anwesenden und der Mahnung, für Aufklärung in ihren Kreisen Sorge tragen zu wollen, sowie der Aufforderung zum Beitritt in den Verein der Papier- und Lederarbeiter schloß die Verfammlungen.

Der Verein Berliner Hausdiener hielt am 13. September eine Mitglieder-Verfammlungen ab. Nach Genehmigung des Protokolls wurde ein Schreiben der Budapest'schen Kollegen verlesen, welche für das ihrer Stiftungsfest abgesandte Glückwunschtelegramm ihren Dank abstatteten. Dann bemerkte der Vorsitzende, daß die Einladung zu dieser Verfammlungen nicht schriftlich erfolgt sei und hat die Kollegen, der sonst erforderlichen Kosten wegen sich diesbezüglich nach dem Statut zu richten; jeden

